In der Tat ist es schwer vorstellbar, wie man den sterilen Schwebezustand eines unvollkommenen Zweiparteiensystems, auf das die italienische Situation praktisch hinausläuft, noch länger aufrecht zu erhalten gedenkt, ohne daß die Demokratie noch größere Schäden erleidet und der faschistischen Reaktion in die Hände gespielt wird, wo der Obrist im Hintergrund lauert. Die schwere Verantwortung dafür liegt bei der DC, die endlich ohne macchiavellistische Winkelzüge die nötigen Konsequenzen aus der verfahrenen Lage ziehen sollte.

Zur Rüstungs- und Militärpolitik der Regierung Brandt/Scheel

Von Rainer Rilling und Hartmut Sychla

Aus der sich in den letzten Monaten verschärfenden Diskussion über gesellschafts- und außenpolitische Fragen ist der Bereich der Militär- und Rüstungspolitik nahezu völlig ausgeklammert worden. Mit der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau sind heute entscheidende Voraussetzungen für eine Neugestaltung der internationalen Beziehungen in Europa gegeben. Von seiten der Bundesrepublik Deutschland muß im Mittelpunkt einer solchen Neugestaltung vor allem eine Revision ihrer bisherigen Militär- und Rüstungspolitik stehen, die zur Entwicklung von Beziehungen, die nicht auf der Drohung oder Anwendung militärischer Gewalt beruhen, in Widerspruch steht. Um die Chancen einer solchen notwendigen Revision beurteilen zu können, werden im folgenden die Entwicklung der Militär- und Rüstungsausgaben und der Rüstungsindustrie sowie die Rüstungspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung kritisch untersucht. Dies erscheint um so dringender, als die Übereinstimmung der CDU/CSU mit der Militär- und Rüstungspolitik der Regierungskoalition außerordentlich weit geht; der CDU-Verteidigungsexperte Klepsch etwa bescheinigt ihr „eine kontinuierliche Fortsetzung der von Adenauer und Strauß eingeleiteten und geprägten, von v. Hassel und Schröder weitergeführten Sicherheitspolitik" [1]). Fand so auf der einen Seite die parlamentarische Opposition nicht statt, so hat auf der anderen Seite paradoxerweise die realistischere Außenpolitik der Bundesregierung gegenüber den sozialistischen Staaten dazu beigetragen, die aufflackernde Kritik an der Militär- und Rüstungspolitik in den Regierungsparteien selbst zeitweise verstummen zu lassen.

I. Die Entwicklung der Militär- und Rüstungsausgaben

Wenn es in der Öffentlichkeit um die Ausgaben geht, die in Bundeswehr, Rüstung und Kriegsvorbereitung investiert werden, dann werden die Bundesregierung und das BMVtdg nicht müde, die tatsächliche Höhe der Ausgaben zu verschleiern und ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft zu verniedlichen. Immer wieder taucht dabei das „Argument" auf, die Sozialausgaben des Bundes seien ja schließlich höher als die Verteidigungsausgaben, ebenso die Aufwendungen von Bund, Ländern und Gemeinden für die Bildung [2]). Um noch zusätzlich die Bereitschaft der Regierung für soziale Verbesserungen und innere Reformen zu dokumentieren, wird stets auf die prozentual vergleichbar niedrigen Steigerungs-

1) „Der Spiegel", 21/1970, S. 33.
2) Vgl. z. B. Weißbuch 1971/72 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr. Dt. Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/2920, Bonn Dez. 1971, S. 165 f.

raten des Verteidigungshaushalts verwiesen. Die Demagogie dieser Behauptungen liegt nicht nur darin, daß jeweils nur ein Teil des Verteidigungsetats, nämlich der Einzelplan 14 des Bundeshaushaltes, mit den gesamten Bildungs- bzw. Sozialausgaben verglichen wird, sondern auch darin, daß die verschiedenen Ausgangsgrößen und die absoluten Größenordnungen stets verschwiegen werden.

Es kann jedoch auch allgemein von einer Eindämmung der Militär- und Rüstungsausgaben keine Rede sein. Von 1965—1970 betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Militärausgaben zwar nur 1,8 % gegenüber 11,9 % für den Zeitraum 1955—1965; für die Jahre 1971—1975 ist jedoch nach der Planung der SPD/FDP-Regierung wieder eine starke Zunahme der Wachstumsrate auf durchschnittlich 5,9 % vorgesehen [3]). Andere Bereiche wie Bildung und Wissenschaft, Gesundheit und Sport dagegen haben zwar höhere, aber in der Tendenz fallende Wachstumsraten [4]). Dieser für die gegenwärtige Ausgabenpolitik bezeichnende Trend wird bestätigt durch einen Vergleich der Finanzplanungen der SPD/FDP-Regierung aus den Jahren 1970/71 mit dem von der damaligen SPD/CDU-Koalition 1968 bekanntgegebenen Finanzrahmen für den Einzelplan 14 des Bundeshaushaltsplanes (BMVtdg) [5]).

(In Mrd. DM)	*1970*	*1971*	*1972*	*1973*	*1974*	*1975*
Finanzplanungen						
1. September 1968	*19,8*	*20,4*	*21,1*			
2. Januar 1970	*20,3*	*21,0*	*21,8*	*22,1*		
3. Juli 1970		*21,7*	*22,7*	*23,0*	*23,8*	
4. September 1971			*24,2*	*25,0*	*25,7*	*26,7*

Im Vergleich zu der Finanzplanung der Großen Koalition bescherte also jede Neuauflage der Mittelfristigen Finanzplanung durch die gegenwärtige Bundesregierung eine Erhöhung der Planziffern und tatsächlichen Ausgaben. Während die Bundesregierung im Etat des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft 1972 gerade 1,2 Mrd. DM mehr veranschlagte, als in der ehemaligen Finanzplanung der Großen Koalition vorgesehen war, sind die ursprünglichen Ansätze im Etat des BMVtdg um 3,13 Mrd. DM gesteigert worden.

Mit dem Haushalt des BMVtdg für das Jahr 1972 liegt der größte Militäretat vor uns, den eine deutsche Regierung jemals in Friedenszeiten verabschiedete [6]); während die erste von der Bundesregierung veranschlagte Planung von Januar 1970 für 1972 eine Steigerung des Militäretats um 3,6 % vorsah, ist nun mit 11 % die höchste Steigerung des Rüstungsetats seit 1963 erreicht. Auch relativ haben die Militärausgaben wieder einen größeren Anteil am Bundeshaushalt, der 1972 insgesamt nur um 8,4 % angehoben wurde. Noch auf der Frühjahrstagung der NATO-Verteidigungsminister 1969 waren ganz entgegengesetzte Vorstellungen über das Verhältnis von Verteidigungs- und Gesamthaushalt laut geworden: „Bei der Beschlußfassung kamen die Verteidigungsminister überein, unter den gegebenen Umständen auf eine Erhöhung der eigenen Wehrausgaben hinzuwirken. Die Konferenzteilnehmer stellten jedoch gleichzeitig fest, daß die ‚angemessene' Steigerung der Verteidigungsbudgets geringer sein sollte als das

3) BMWF, Finanzbericht 1972, Bonn 1971, S. 124.
4) Ebenda. Die Wachstumsraten für Bildung und Wissenschaft 1971—1975 liegen bei 19,7 % gegenüber 25,8 für 1955—1965, bei Gesundheit und Sport sind es 20,5 % gegenüber 23,2 %.
5) Vgl. Wehr und Wirtschaft (WuW), 2/1970, S. 72; Weißbuch 1970 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, Bonn 1970, S. 190 f.; „Wehrdienst" (W), 321/1971, Beilage, S. 1; Weißbuch 1971/72, S. 164; Pressedienst des BMBW 16/1970 S. 137; „Handelsblatt" v. 4. 10. 1971. Die entsprechenden Ansätze der Finanzplanungen für den Etat 1972 des Bundesministeriums für Wissenschaft und Bildung lauten: 4,000,0 Mrd. DM, 4,137,3; 5,658,4; 5,234,4.
6) Im Vorkriegshaushalt 1938/39 betrugen die Ausgaben für Wehrmacht und Rüstung 18,4 Mrd. RM; vgl. Ruth Andexel, Imperialismus-Staatsfinanzen, Rüstung, Krieg, Berlin (DDR) 1968, S. 110, Tabelle 22.

Wachstum der Gesamthaushalte" [7]). Während der jetzt beschlossene Haushalt des BMVtdg um 2,6 % stärker steigt als der Bundeshaushalt, sah die Finanzplanung der Bundesregierung vom Januar 1970 noch ein um 2,3 % geringeres Wachstum des Militäretats vor.

Unter diesen Voraussetzungen verwundert nicht, daß das Unternehmerorgan „Handelsblatt" Helmut Schmidt für den Militäretat 1972 den Ehrentitel „der große Sieger" verlieh [8]). Mit dem Rekordhaushalt für 1972 ist jedoch die tatsächliche Höhe der Militär- und Rüstungsausgaben noch nicht erfaßt, auch wenn sich offizielle Stellen in ihren Angaben fast ausschließlich auf den Einzelplan 14 des Bundeshaushaltsplanes (BMVtdg) beziehen. Es zeichnet sich nämlich die Tendenz ab, in steigendem Maße Rüstungskosten aus dem Einzelplan 14 auszugliedern und in anderen Sparten des Bundeshaushalts unterzubringen, um niedrige Militärausgaben vorzutäuschen [8a]). So stehen im Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) 1972 500 Mio. DM für militärische Beschaffungen zur Verfügung, die für Phantom F-4F, Transporthubschrauber und Flugzeugschutzbauten ausgegeben werden sollen. Nach der 5. Finanzplanung vom September 1971 sollen es 1973 schon 1,5 Mrd. DM und 1975 gar 2,4 Mrd. DM sein, die aus dem Einzelplan 60 für militärische Zwecke verwandt werden können [9]). Selbst die folgende Aufstellung „nach NATO-Kriterien" im Weißbuch 1971/72, welche die Berlin-Hilfe miteinbezieht, da diese „von der Bundesrepublik auch im Verteidigungsinteresse der freien Welt geleistet wird" [10]), geht von der erwähnten Verschleierungstaktik nicht ab:

Einzelpläne		*Ausgaben für 1972 in Mio. DM*
14	*Verteidigung*	*24 219,0*
33	*Militärruhegehälter*	*2 018,5*
35	*Verteidigungslasten*	*700,9*
05	*Militärhilfe und NATO-Zivilhaushalt*	*101,1*
60	*Berlin-Hilfe*	*4 530,5*
	Milit. Beschaffungen und Devisenausgleich mit Großbritannien	*610,0*
02	*Wehrbeauftragter*	*1,7*
06	*Bundesgrenzschutz*	*506,5*
	Summe	*32 688,2*

Von den militärischen Ausgaben, die bei dieser Aufstellung noch fehlen, seien hier nur die drei wichtigsten genannt:

1) Im Weißbuch werden zwar die Aufgaben der sogenannten Zivilverteidigung hervorgehoben („Zivilverteidigung hat vor allem die Aufgaben, Staats- und Regierungsgewalt aufrechtzuerhalten, ... Instandsetzungsleistungen für lebens- und verteidigungswichtige Objekte zu gewährleisten, die Streitkräfte unmittelbar zu unterstützen" [11])), die Kosten dieser zivilen Kriegsvorbereitung sind in dieser

7) Wehrkunde (Wk), 7/1969, S. 378. Bewußt irreführend behauptet das neue Weißbuch (S. 153): „Wie in allen westlichen Staaten sinkt der Anteil des Verteidigungshaushalts am Gesamthaushalt", ohne auf das überproportionale Wachstum 1971/72 hinzuweisen.

8) „Handelsblatt" v. 13. 9. 1971. Auch die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" frohlockte am 12. 10. 1971: „Für den gesamten Verteidigungsbereich wird bereits 1972 ... mehr Geld zur Verfügung gestellt, als in der letzten Finanzplanung für 1974 vorgesehen war." BMVtdg.-Minister Schmidt bezeichnete laut „Frankfurter Rundschau" v. 11. 9. 1971 „das Ergebnis als einen für sein Ressort tragbaren Kompromiß"

8a) „Das Verteidigungsressort will diese Mittel im Einzelplan 60 belassen und nicht umschichten, da daraus möglicherweise Kritiker den realen Verteidigungshaushalt als zu hoch bezeichnen würden" (WuW 4/1972, S. 160).

9) W, 331/1971, S. 2. Wegen des USA-Devisenausgleichs kommen 1973 noch 300 Mio. DM hinzu.

10) Weißbuch 1971/72, S. 167.

11) Weißbuch 1971/72, S. 35.

Aufstellung jedoch ebensowenig enthalten wie die Ausgaben für den zivilen Ersatzdienst.

2) Nach dem im Dezember 1971 abgeschlossenen zweijährigen Devisenausgleichsabkommen mit den USA hat die BRD 6,65 Mrd. DM an die USA zu bezahlen. Da 1,75 Mrd. DM von den in den USA befindlichen Rüstungskonten I und II bezahlt und weitere 2,1 Mrd. DM als Bundesbankkredit bzw. Zinsvergünstigung vergeben werden, entsteht zwar keine zusätzliche Belastung des Haushalts 1972; will man jedoch die absolute Größe der faktischen Ausgaben für militärische Zwecke im Jahre 1972 ermitteln, sind diese Beträge anzurechnen (1972 = ca. 1,9 Mrd. DM)

3) Für den Fall, daß es im Laufe des Jahres 1972 zu einer Freigabe des Eventualhaushaltes kommt, kann das BMVtdg zusätzlich Beschaffungsaufträge in der Bau- und Rüstungsindustrie in Höhe von einer Mrd. DM tätigen.

Zivilverteidigung	*0,532 Mrd. DM*
Ziviler Ersatzdienst	*0,072 Mrd. DM*
Devisenausgleich USA	*ca. 1,9 Mrd. DM*
Eventualhaushalt	*1,0 Mrd. DM*
Angaben Weißbuch (s.o.)	*32,688 Mrd. DM*
Rüstungskosten 1972	*36,192 Mrd. DM*

Nicht berücksichtigt in dieser Rechnung sind z. B. „wesentliche fiskalische Verluste, die dadurch entstehen, daß Liegenschaften von einer Flächengröße von ca. 190 000 ha den Stationierungsstreitkräften zur kostenlosen Nutzung überlassen" [12]) werden. Nicht berücksichtigt sind ebenso die Ausgaben für verschiedene Organisationen, die mehr oder weniger direkt zur Absicherung und Stärkung gerade der militärischen Komponente der „inneren Sicherheit" beitragen: Bereitschaftspolizei, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz oder Bundesnachrichtendienst; diese Ausgaben liegen 1972 bei knapp einer Viertel Mrd. DM, wobei die Ausgaben der Länder nicht einberechnet werden [12a]). Rund ein Drittel der militärisch relevanten Ausgaben sind damit an den verschiedensten Stellen des Bundesetats veranschlagt. Die Demagogie des Weißbuches 1971/72 („Die Ausgaben des Bundes für Sozialzwecke ... sind größer als die des Verteidigungshaushalts" [13])) ist deshalb schwer durchschaubar. Tatsächlich zeigt ein Blick auf die Entwicklung der Militär- und Sozialausgaben in den letzten Jahren, wo die tatsächlichen Prioritäten auch der SPD/FDP-Bundesregierung liegen. 1971 wie 1972 lagen die Sozialausgaben des Bundes mit 29,97 bzw. 31,88 Mrd. DM beträchtlich unter den Militärausgaben. Weiterhin stiegen zwischen 1968 und 1972 die Sozialausgaben wesentlich langsamer als die Militärausgaben [13a]). In diesem Zeitraum fiel der Anteil der Sozialausgaben am Bundeshaushalt von 32 % auf 29,9 %, während der Anteil der Militärausgaben (NATO-Kriterien) von 28 % auf 30,7 % anstieg — also von 23 auf fast 33 Mrd. DM. Eine bewußte Irreführung stellt auch die Behauptung des Weißbuchs 1971/72 dar, die Bildungs- und Wissenschaftsausgaben überstiegen die Militärausgaben „erheblich" [14]). Gleich irrefüh-

12) WuW 9/1971 S. 409. Unberücksichtigt bleiben in dieser Aufstellung die Förderung der Luftfahrttechnik sowie der Raum-Luftfahrt- und Raketenprogramme durch das BMWF und das BMBW, die zumindest teilweise militärisch relevant ist. Vor allem ist hier die beträchtliche Finanzierung der Fraunhofer-Gesellschaft und der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt durch das BMBW zu erwähnen.
12a) Vgl. „Handelsblatt" v. 24.—25. 3. 1972. Diese Ausgaben steigen rapide: von 1969 bis 1971 um über 150 %! Mit 37,4 Mio. DM hat die Bundesregierung allein für den Verfassungsschutz eine doppelt so große Etaterhöhung in diesen 5 Jahren durchgesetzt wie alle vorhergehenden Regierungen zwischen 1952 und 1968 (18,5 Mio. DM)!"
13) Weißbuch 1971/72, S. 165.
14) Weißbuch 1971/72, S. 166. Es heißt im Weißbuch, daß 1971 von den Gesamtausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden „35,7 Mrd. DM (14,7 %) für Bildung und Wissenschaft und 21,5 Mrd. DM (8,7 %) für Verteidigung" ausgegeben wurden (S. 166); die Rüstungskosten 1971 lagen aber beträchtlich über der 30-Mrd.-Grenze.

rend ist ebenfalls die Feststellung der Bundesregierung, die Militärausgaben hätten 1971 Anteile von 21,8 % am Bundeshaushalt und von 11,8 % an den Ausgaben von Bund und Ländern gemeinsam gehabt; tatsächlich dienten 1971 rund 16 % der Ausgaben von Bund und Ländern militärischen Zwecken. Der Anteil der Militärausgaben an den Ausgaben des Bundes wächst nach einer ersten Schätzung von 1971 30,5 % auf ca. 33 % in 1972. Die Bürger keines anderen NATO-Staates — die USA ausgenommen — müssen ähnliche Summen für ihre „Verteidigung" aufbringen [15]).

Das im Weißbuch 1971/72 abgedruckte NATO-Dokument ISM (71) vom 30. Juni 1971 über die Entwicklung des prozentualen Anteils der Militärausgaben an den Staatsausgaben der NATO-Staaten (ohne Gebietskörperschaften) bestätigt diese Vorreiterrolle der BRD in der NATO [16]).

Prozentualer Anteil der Verteidigungsausgaben an den Staatsausgaben ohne Gebietskörperschaften:

NATO-Land	*1968*	*1969*	*1970*	*1971*
Belgien	*10,6*	*10,3*	*10,4*	*10,0*
Dänemark	*10,4*	*9,6*	*8,3*	*8,4*
BRD	*28,2*	*29,4*	*29,7*	*30,1*
Frankreich	*21,7*	*21,1*	*20,5*	—
Griechenland	*21,1*	*21,8*	*20,8*	*19,7*
Großbritannien	*20,1*	*18,0*	*19,3*	*19,5*
Italien	*11,9*	*10,1*	*11,0*	*10,4*
Kanada	*17,9*	*17,0*	*15,8*	—
Luxemburg	*3,5*	*3,5*	*3,5*	*3,4*
Niederlande	*13,5*	*13,8*	*13,4*	*12,8*
Norwegen	*17,8*	*16,3*	*15,0*	*14,7*
Portugal	*42,4*	*38,5*	*39,7*	*37,4*
Türkei	*23,5*	*20,9*	*18,3*	*15,7*
USA	*43,7*	*40,6*	*36,0*	*34,0*

Zweierlei geht aus dieser Tabelle hervor:

1) Nur die zwei in Afrika und Indochina Kriege führenden NATO-Staaten USA und Portugal investieren einen höheren Anteil an ihren Staatsausgaben in den militärischen Bereich als die BRD.

2) Während von 1968—1971 in allen (!) NATO-Staaten die entsprechenden Anteile kontinuierlich und z. T. sogar bis zu einem Drittel zurückgingen, nahm in der BRD als dem einzigen NATO-Staat der Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben zu. Mit dem horrenden Militäretat 1972 wird sich diese Entwicklung fortsetzen. Die Entwicklung des Militäretats der BRD verläuft jedoch nicht nur völlig konträr im Vergleich zu allen anderen NATO-Staaten, die ihre Ausgabenanteile für nichtmilitärische Zwecke erhöhen. Während 1971 die BRD ca. 12,1 % der gesamten öffentlichen Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in den Militärsektor investierte, war in der UdSSR als der stärksten sozialistischen Militärmacht im selben Jahr der Anteil der Verteidigungsausgaben am Gesamthaushalt „mit 11,1 % der niedrigste seit vielen Jahren" [17]). Während in der BRD 1972 der Militäretat überproportional zunimmt, bleibt in der UdSSR

15) Nach NATO-Kriterien lagen 1971 die militärischen Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung bei 458,— DM (Weißbuch 1971/72 S. 170). 1972 werden die Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung bei ca. 600,— DM, pro Erwerbstätigem bei über 1300,— DM im Jahr liegen.
16) Weißbuch 1971/72, S. 171.
17) „Handelsblatt" v. 10. 12. 1970. Der Anteil der BRD ist berechnet nach Weißbuch 1971/72, S. 166 f. (ohne USA-Devisenausgleich, mit Zivilverteidigungskosten).

das Verteidigungsbudget auf demselben Stand wie 1971, so daß der Anteil der Verteidigungsausgaben am Gesamthaushalt 1972 auf 10,3 % sinken wird. Es ist ganz offensichtlich, daß vor allem von der jetzigen Regierungskoalition in den letzten Jahren den Militärs und Rüstungsindustriellen finanzielle Mittel in einer Größenordnung zur Verfügung gestellt wurden, die — gemessen an den Möglichkeiten der einzelnen Länder — innerhalb der NATO im wahrsten Sinne des Wortes einmalig ist. Die bereits unter den früheren CDU-Verteidigungsministern unternommenen Anstrengungen, auch finanzpolitisch die Voraussetzungen für eine politisch-militärisch dominante Stellung der BRD unter den europäischen NATO-Staaten im NATO-Bündnis zu schaffen und zu garantieren, werden unter dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister noch intensiver fortgesetzt, als es die CDU/CSU dereinst für möglich hielt. Welche politischen Dimensionen diese Finanzpolitik hat, kann an der Verschiebung der Militärausgaben innerhalb der NATO im letzten Jahrzehnt demonstriert werden: während 1962 die USA 19 Mrd. Dollar und die europäischen Staaten 17,4 Mrd. Dollar im Rahmen ihrer Allianzverpflichtungen ausgaben, werden 1972 die USA nur noch 14 Mrd. Dollar, die europäischen NATO-Alliierten dagegen 28 Mrd. Dollar für militärische Zwecke ausgeben. Diese große Verschiebung der Finanzierungsanteile zeigt das veränderte Kräfteverhältnis in der NATO, das sich vor allem zugunsten der BRD verschoben hat, die in den letzten Jahren als Vorreiter einer solchen Neuverteilung der Rüstungskosten aufgetreten ist und den Löwenanteil der zusätzlichen Ausgaben übernommen hat. Innerhalb der NATO hat die BRD unter diesem finanzpolitischen Aspekt noch nie eine solche starke Position einnehmen können. Zahlreiche finanziell ambitiöse Projekte auf dem Bildungs-, Wissenschafts- oder Gesundheitsbereich sind dieser Hochrüstung bereits zum Opfer gefallen.

Um diese Politik ideologisch abzusichern, wird nicht nur die tatsächliche Höhe der Militär- und Rüstungsausgaben verschleiert, sondern auch unter dem Aspekt der Verwendung die spezifischen Auswirkungen dieser Ausgaben auf die Volkswirtschaft und die Rüstungsindustrie herabgespielt und die Bedeutung der Rüstungsindustrie verharmlost.

II. Die Entwicklung der Rüstungsindustrie
Die Rüstungsausgaben unter der SPD/FDP-Regierung

Ein Beispiel für solch stetes Bemühen, die Bedeutung der Rüstungsindustrie herunterzuspielen, gibt Helmut Schmidt. „Der Anteil", erklärte er etwa im August 1971, „den die spezifisch auf Rüstung, Entwicklung und Rüstungsproduktion gerichtete Industrie in Deutschland an der Gesamtproduktion der Wirtschaft besitzt, ist für westliche Staaten, auch für östliche, ungewöhnlich klein" [18]). Noch weiter ging der Präsident der Beschaffungsbehörde „Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung" (BWB), Karl Berthold Suhle. Er behauptete im Frühjahr 1970 schlichtweg, daß „es in der Bundesrepublik keine Rüstungsindustrie gibt" [19]). Um den Nachweis für solche Behauptungen führen zu können, wird immer wieder auf drei Punkte verwiesen:

1) Der „große Auslandsanteil" an den Beschaffungsaufträgen der BRD, der „sich aus der liberalen, auf weltweiten Wettbewerb bedachten Handelspolitik der Bundesregierung" [20]) ergebe, lasse den Rüstungsunternehmen der BRD nur relativ wenig Aufträge. Tatsächlich aber ist der Inlandsanteil an den Aufträgen der Bundeswehr von 1957: 39,4 % auf 77,3 % 1969 angestiegen und dürfte 1972 über der 80 %-Grenze liegen. Der Inlandsanteil am Gesamtvolumen der Rüstungsaufträge ist also seit Bestehen der Bundeswehr kontinuierlich gestiegen [21]).

18) „Süddeutsche Zeitung" v. 31. 7. 1971.
19) „Wehrtechnik", 4/1970, S. 124.
20) Weißbuch 1971/72, S. 149.
21) Vgl. E. W. Mommsen, Friedenspolitik und Sicherheit in Europa, in: Bulletin v. 6. 10. 1970, S. 1378.

2) Weiter wird — vor allem seit der Regierungsübernahme durch die SPD/FDP-Koalition — darauf verwiesen, daß innerhalb des Militäretats die militärischen Beschaffungsausgaben und andere investive Ausgaben kontinuierlich absinken und 1972 nur noch 29,1 % der Gesamtausgaben des BMVtdg ausmachen sollen. Bewußt wird dabei zunächst verschwiegen, daß es sich hier um einen allgemeinen Trend handelt, der für die Militärausgaben in sozialistischen wie kapitalistischen Staaten charakteristisch ist. Wenn daher in der BRD die investiven Ausgaben, die vor allem der Rüstungsindustrie zugute kommen, zugunsten der Personal- oder Betriebsausgaben eingeschränkt werden, so ist das keineswegs auf eine spezifische Rüstungspolitik der SPD/FDP-Regierung zurückzuführen [21a]). Zudem wird sich dieser Trend in den nächsten Jahren verlangsamen und zeitweilig umkehren; schon Mitte 1970 hatte das BMVtdg lakonisch festgestellt: „Mit einer Steigerung des Rüstungsbedarfs der Bundeswehr nach 1975 muß gerechnet werden" [22]). Der Abwärtstrend der investiven Ausgaben jedoch wird im Weißbuch 1971/72 besonders hervorgehoben, um damit indirekt die geringe Bedeutung der Rüstungsindustrie zu „beweisen" und zugleich die in Angriff genommenen sozialen Reformen in der Bundeswehr zu betonen. Die investiven Ausgaben im Jahr 1971 werden auf 7,36 Mrd. DM beziffert, von denen 4,1 Mrd. DM auf militärische Beschaffungen, auf Kriegsforschung und -entwicklung 1,4 Mrd. DM und der Rest auf Baumaßnahmen u. a. entfallen [23]). Nicht zu den investiven Ausgaben zählt das BMVtdg die sogenannten sächlichen Verwaltungsausgaben (z. B. Betriebsstoffe, Verpflegung u. ä. — insgesamt 2,3 Mrd. DM) und die als Materialerhaltung deklarierten Kosten von Ersatzteilen, Reparaturen und Instandsetzung (rd. 1,9 Mrd. DM). Obwohl im Grunde genommen alle Ausgaben des BVMtdg. mit Ausnahme der Personalkosten eine auf die Anforderungen der Rüstung ausgerichtete Produktion erfordern und damit zum Aufbau beträchtlicher Kapazitäten veranlaßten, wollen wir uns hier auf ein Problem beschränken. Ein gewiß unverdächtiger Zeuge, der Bundeswehrhauptmann und Lehrer an der Luftwaffen-Offiziersschule in München-Neubiberg A. Mechtersheimer betont in einem Aufsatz, daß entgegen den Behauptungen des Schmidtschen Weißbuches die Materialerhaltungskosten durchaus spezifische Rüstungskapazitäten schaffen und daher als „verteidigungsinvestive" Ausgaben aufzufassen sind. Er schreibt zur Materialerhaltung im Bereich Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät (für die 1971 810 Mio. DM angesetzt waren, womit sich das Verhältnis von Materialerhaltungs- und Beschaffungsausgaben auf diesem Gebiet wie 2:3 verhält): „Eine modern ausgerüstete Luftwaffe ist nicht in der Lage, ihr Fluggerät allein mit truppeneigenen Mitteln zu warten. Schon aus diesem Grund wäre für die Instandsetzung und Wartung der rund 1600 Flugzeuge und 700 Hubschrauber eine nationale Luftfahrtindustrie erforderlich" [24]). Momentan entfallen bei den großen Luftrüstungskonzernen 5—25 % der Umsätze auf die Wartung und Instandsetzung [25]).

21a) Ein Vergleich der Investitionsprogramme der Bundesregierung vom Januar 1971 und März 1972 zeigt vielmehr, daß die Ansätze für rüstungsinvestive Ausgaben angehoben wurden:

Jahr	1971	1972	1973	1974	1975
Programm Januar 71	7,07	8,16	8,44	9,38	—
Programm März 72	8,02	9,60	9,29	9,82	10,41

(In Mrd. DM; die Ausgaben 1972 des Programms vom März 1972 einschl. Eventualhaushalt; vgl. WuW/4/1972, S. 160, Drucksache VI/1688 6. Dt. Bundestag S. 15.)

22) Wk, 8/1970, S. 433.

23) Vgl. Weißbuch 1971/72, S. 154 f.

24) A. Mechtersheimer, Der militärisch-industrielle Komplex in den USA und in der BRD, Beilage zu „Das Parlament", B 28/71 v. 10. 7. 1971, S. 15. Vgl. auch Bundeshaushaltsplan 1971, Bonn o. J., S. 2498. Andere Vertreter der Bundeswehr heben hervor, „daß aus den Materialbetriebskosten etwa 80 % in die Industrie zurückfließen und dort zu einer kontinuierlichen Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten beitragen („Handelsblatt" v. 21.—22. 1. 1972).

25) Ein Viertel des Konzernumsatzes der Dornier AG (drittgrößter Luftrüstungskonzern der BRD) entfiel 1970 auf die Betreuung; vgl. „Handelsblatt" v. 24./25. 9. 1971. Bis 1971 gingen über 1500 Starfighter durch die Industrie-Instandsetzung und Überholung; über 20 000 Nachrüstungssätze mußten geliefert werden; vgl. „Wehrtechnik" 8/1971 S. 307.

3) Das neue Weißbuch bietet noch einen weiteren Beleg für die angebliche ökonomische Bedeutungslosigkeit der Rüstungsproduktion. Danach wurden 1970 für Rüstungszwecke „knapp 5,5 Mrd. DM ausgegeben; diese Summe ist, gemessen am Gesamtumsatz der Industrie von etwa 520 Mrd. DM, mit rund einem Prozent minimal" [26]). Wer so argumentiert, verschleiert gleich dreifach. Zunächst werden hier die Rüstungsausgaben auf den industriellen Gesamtumsatz bezogen, in dem ja aufgrund der vorgelagerten Zulieferungen rund 50 % Vorleistungen (also Doppelzählungen) enthalten sind; damit wird der Anteil der Rüstungsproduktion an der industriellen Wertschöpfung halbiert. Wenn weiterhin aus den staatlichen inländischen Rüstungsausgaben die Größe der Rüstungsproduktion ermittelt werden soll, bleibt vor allem die Exportproduktion auf Rechnung anderer NATO-Staaten und verschiedener Länder der Dritten Welt unberücksichtigt. Insgesamt hat der Waffenexport der BRD-Rüstungsindustrie inzwischen die Milliardengrenze weit überschritten. Schließlich ist aber auch die angegebene Summe von 5,5 Mrd. DM für 1970 zu niedrig. Die beträchtlichen investiven Ausgaben im Rahmen der Zivilverteidigung werden hier ebensowenig berücksichtigt wie die investiven Ausgaben für den Bundesgrenzschutz, für die militärische Infrastruktur und für die entsprechenden Bauvorhaben [27]). Ebensowenig wird berücksichtigt, daß für die militärischen Beschaffungen im Ausland kompensierende Exportleistungen zu erbringen sind. Angesichts dieser Verschleierungstaktik verwundert es nicht, wenn im Gegensatz zu den Angaben der Weißbücher die Finanzberichte der Bundesregierung wesentlich höhere Beträge nennen: danach sollten 1970 und 1971 Aufträge für 6,5 Mrd. DM bzw. 8,4 Mrd. DM in die Rüstungsindustrie fließen [28]). Staatssekretär Mommsen bezifferte gar das Auftragsvolumen der Bundeswehr auf 9,2 Mrd. DM bereits für das Jahr 1969 [29]). Unter Bezugnahme auf den Bundeshaushaltsplan 1971 ergibt sich folgende Rechnung:

Rüstungsaufträge 1971 (geschätzt)

	Verwendung	*investive Ausgaben in Mio. DM (gerund.)*
14	*Militärische Beschaff., Anlagen und Materialerhaltung*	*8 436*
	Ausgaben für Investitionen	*608*
	Zuschüsse und Zuweisungen u. a. für Baumaßnahmen der Länder und Gemeinden zugunsten der Bundeswehr, Übungsschäden, Forschungsinstitute und NATO-Infrastruktur	*530*
05	*NATO-Ausrüstungshilfe*	*70*
06	*Ziv. Bevölkerungsschutz, ‚Selbstschutz', Beschaffungen für die Länderpolizeien,*	*35*
	Bundesgrenzschutz	*106*
36	*Zivile Verteidigung*	*260*
	Summe	*10 045*

26) Weißbuch 1971/72, S. 149.
27) An den gesamten Bauausgaben des Bundes ist das BMVtdg. mit 18 % beteiligt und bestreitet damit 1,5 % des gesamten Bauvolumens der BRD; vgl. E. W. Mommsen, Wehrtechnik ist Spitzentechnik, in: Soldat und Technik, 9/1970, S. 480.
28) Vgl. BMF, Finanzbericht 1971, Bonn 1970, S. 137: BMWF, Finanzbericht 1972, Bonn 1971, S. 139. Ähnlich widersprüchliche Angaben bietet das Weißbuch 1970: auf S. 147 betragen die inländischen Rüstungsausgaben des Jahres 1969 5,308 Mrd. DM, auf S. 149 sind es schon 272 Mio. DM mehr!
29) E. W. Mommsen, Friedenspolitik, S. 1378. Nach Angaben des BWB wurden von 1966 bis 1969 im Jahresdurchschnitt 1,4 Mio. Bundeswehraufträge im Wert von 7,9 Mrd. DM (ohne Bauaufträge) vergeben; vgl. „Wehrtechnik", 1/1971, S. 8. Ein anderer Versuch, den Stellenwert der gesamten (und damit auch der investiven) Militärausgaben zu verniedlichen, ist die Behauptung des Weißbuches 1971, daß der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt „von 1963—1970 eine sinkende Tendenz (hatte) — von 6,5 % im

Dieser Betrag liegt um rund 2,7 Mrd. DM über den entsprechenden Angaben des Weißbuches.

Insgesamt ergibt die Ausgabenpolitik der SPD/FDP-Regierung folgendes Bild: Obwohl in der BRD „der Mittelbedarf für steigende Rüstungskosten" noch extremer als in anderen kapitalistischen Staaten Europas „mit Forderungen an die öffentlichen Haushalte für soziale Sicherung, Bildung, Verkehr und Gesundheit (konkurriert)" [30]), hat die Bundesregierung keine Verkleinerung des Militäretats zugunsten der Finanzierung notwendiger Infrastrukturreformen eingeleitet. Allein im Rahmen des Einzelplans 14 sollen von 1970—1975 rund 150 Mrd. DM für militärische Zwecke ausgegeben werden. Die Herausbildung dieser „Konkurrenz der Ansprüche" (Weißbuch 1971/72) ist ja Ergebnis sowohl der dem Kapitalismus notwendig immanenten disproportionalen Entwicklung als auch der politischen Strategie der westdeutschen herrschenden Klasse in den fünfziger und sechziger Jahren, über massive Hochrüstung und bewußte Vernachlässigung nur langfristig amortisierbarer Investitionen (z. B. im Bildungssektor) das politische Ziel des „rollback" der sozialistischen Staaten zu verwirklichen. Das Scheitern dieser Frontalstrategie erfordert eine Umstellung auf eine langfristige Auseinandersetzung mit den sozialistischen Staaten. Diese Umstellung wurde Mitte der sechziger Jahre eingeleitet und fiel zeitlich zusammen mit dem Versuch, die bereits erreichten ökonomischen und politisch-militärischen Positionen der BRD in Westeuropa und in der NATO beschleunigt auszubauen. Angesichts der unveränderten prinzipiellen Frontstellung gegenüber den sozialistischen Staaten und der Tatsache, daß Westdeutschland gegenwärtig nach den Worten des Pariser „Combat" „seine Rolle in der NATO dermaßen (verstärkt), daß es zu ihrem wahren Führer in Europa wird" [31]), wäre es im Interesse der Bundesregierung natürlich „töricht, Entspannung zu wollen und zugleich den militärischen Schutz der eigenen Existenz zu vernachlässigen" [32]). In der Konsequenz dieser Einstellung kann aber auch die notwendige forcierte Entwicklung der Infrastruktur nicht vermittels einer substantiellen Beschneidung des Militäretats finanziert werden, sondern nur über eine Kürzung der Lohnfonds der Arbeiterklasse. Die Steuerpolitik der Bundesregierung und ihre Haltung in den Tarifauseinandersetzungen 1970/71 zeigen, daß die Bundesregierung diesen Weg eingeschlagen hat.

Es bleibt jedoch abzuwarten, ob sich der von Schmidt vertretene Kurs auch nur mittelfristig durchhalten läßt. Auch von der finanzpolitischen Seite her setzt der von ihm durchgesetzte Kurs einer im Verhältnis zu den anderen NATO-Staaten ungewöhnlichen Expansion der Militärausgaben dem Versuch einer Aufhebung der krassesten Disproportionen enge Grenzen. In der Forderung des Weißbuches 1971/72, ein „womöglich stabileres, zumindest aber billigeres System der Sicherheit zu schaffen" [33]), drückt sich diese schwierige Situation aus.

Die Entwicklung der Rüstungsindustrie

Unter Einschluß der Aufträge ausländischer Staaten dürften 1972 mindestens 11—12 Mrd. DM in die westdeutsche Rüstungsindustrie fließen. Der Anteil der

Jahre 1963 auf 4,3 % im Jahre 1970" (Weißbuch 1971/72, S. 168). Diese Entwicklung resultiert aus den besonderen Bedingungen des sprunghaften Aufbaus der Bundeswehr; 1961 z. B. lag der Anteil bei 4,9 %, 1972 wird er vermutlich bei 4,6—4,7 % gegenüber 4,3 % in 1970 liegen. Im Herbst 1970 freilich erklärte das BMVtdg.: „Ziel jeder vernünftigen Politik muß sein, daß Rüstungshaushalte möglichst unterproportional wachsen" (Wk, 91970, S. 483).

30) Weißbuch 1971/72, S. 5.

31) „Combat" v. 3. 12. 1970, zit. n. Autorenkollektiv, Militär-Industrie-Komplex in der BRD, Berlin 1971, S. 36.

32) Weißbuch 1971/72, S. 6.

33) Weißbuch 1971/72, S. 9.

Rüstungsproduktion an der industriellen Gesamtproduktion der BRD dürfte also nicht bei 1—2 % liegen, wie Militärs, Bundesregierung und Industrielle behaupten, sondern bei ca. 5 %. Die Zahl der in der Rüstungsindustrie Beschäftigten kann auf ca. 600 000 geschätzt werden [34]; im militärischen Bereich und in der Rüstungsindustrie sind gegenwärtig zusammen knapp 1,4 Mio. Arbeiter, Angestellte und Beamte beschäftigt, d. h. über 5 % der Erwerbstätigen der BRD [35]. Bis 1970 wurde zudem noch im Rahmen der Zivilverteidigung eine „große Helferschaft" von über 600 000 Personen „erfaßt, organisiert, ausgerüstet und — von Jahr zu Jahr besser ausgebildet" [36]. Was die Rüstungsindustrie betrifft, so haben hier in den letzten Jahren die wissenschaftlich-technisch fortgeschrittenen Industriezweige ihren Anteil am Rüstungsgeschäft rapide ausgeweitet, wie die Verteilung der Rüstungsausgaben beweist [37]:

Verteilung der Rüstungsausgaben

	Verteilung der Ausgaben in %	
	bis 1963	*1969*
Industriezweig		
Elektronik, Feinmechanik, Optik	*10,0*	*22,8*
Flugzeugindustrie	*11,8*	*19,8*
Metallverarbeitende Industrie	*24,8*	*12,6*
Chemische Industrie	—	*12,4*
Kfz.- u. Zubehörindustrie	*20,2*	*10,0*
Schiffbau	*8,5*	*5,2*

Elektro- und Elektronikindustrie

Zum Zentrum der Rüstungsindustrie in der BRD hat sich in den letzten Jahren die Elektro- und Elektronikindustrie entwickelt. 5—10 % der Produktion dieses Industriezweiges besteht aus Rüstungsgütern [38]. Schon 1969 gingen direkte Rüstungsaufträge in Höhe von 1,27 Mrd. DM in die Elektroindustrie, und es gibt kein Großprojekt, an dem sie nicht beteiligt wäre. Die herausragende Rolle spielt die eng mit der Deutschen Bank verflochtene Siemens AG, das zweitgrößte Industrieunternehmen der BRD. Rund 10 % der direkten Aufträge des Bundes erhält Siemens, das seine Aktivitäten im Rüstungssektor im wesentlichen auf vier Bereiche konzentriert: zunächst ist Siemens über einen umfassenden Kooperationsvertrag und eine Kapitalbeteiligung von 8,35 % mit dem größten Flugzeug- und Raketenkonzern der BRD, der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) verbunden. Zusammen mit allen anderen rüstungsorientierten Elektronikfirmen von Bedeutung trägt Siemens die Elektronik-System Gesellschaft mbH, der die Systemführung elektronischer Gesamtsysteme für Flugzeuge obliegt. Für die elektronische Ausrüstung des MRCA-Kampfflugzeugs liierte sich Siemens mit dem US-Rüstungskonzern Garret Corp. Im Marinebereich als der zweiten Interessensphäre des Konzerns ist Siemens an der sechsgrößten Werft der BRD, Blohm & Voß, mit 12,5 % beteiligt und trägt zusammen mit fünf anderen Elektro-Konzernen eine Planungs- und Betreuungsfirma für Schiffswaffensysteme. Auch an der elektronischen Ausrüstung der Landstreitkräfte ist Siemens beteiligt

34) Die Schätzungen schwanken zwischen 200 000 und 700 000; vgl. H. D. Klingemann, Wirtschaftliche und soziale Probleme der Auf- und Abrüstung, in: R. König (Hrsg.), Beiträge zur Militärsoziologie, Köln/Opladen 1968, S. 244; H. Regling, Militärausgaben und wirtschaftliche Entwicklung, Hamburg 1970, S. 108; K. Engelhardt, Expansion der westdeutschen Rüstungsindustrie, in: „Militärwesen", 6/1970, S. 850; ders., Umfang, Struktur und Entwicklungstendenzen wichtiger Bereiche der westdeutschen Rüstungsindustrie, in: DWI-Berichte, 10/1970, S. 20.

35) Für die Streitkräfte der NATO-Alliierten in der BRD arbeiten 120 000 meist westdeutsche Arbeiter und Angestellte, die Bundeswehr beschäftigt 177 000 Zivilpersonen; vgl. Weißbuch 1971/72, S. 21, 98.

36) So der niedersächsische Innenminister Lehners in: Wk, 4/1970, S. 170.

37) Vgl. K. Engelhardt, Umfang, S. 21.

38) Vgl. W, 274/1970, S. 4 (Beilage).

(vor allem Panzerelektronik). Zusammen mit AEG und der Zuse KG gründete der Konzern schließlich jüngst eine Gesellschaft zur Planung, Steuerung und Betreuung von militärischen Informations- und Datenverarbeitungssystemen, die diesen Bereich für die ganze Bundeswehr abdecken soll [39]). Auch die von dem US-Konzern General Electric beherrschte AEG-Telefunken, die ebenfalls zu den zehn größten Industrieunternehmen der BRD gehört, hat vor allem in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ihr Rüstungsgeschäft stark ausgeweitet. Nachdem sie bereits Anfang der sechziger Jahre mit US-Rüstungskonzernen (Bendix, General Electric und Hughes Aircraft) die Teldix GmbH und die Elekluft GmbH für militärische Flugzeug- und Raketenelektronik gegründet hatte und über die Eltro GmbH, die „GUF" und die „ESG" sich zusätzlich an der Planung, Entwicklung und Produktion von Navigationssystemen, Flugzeug- und Flugkörperelektronik beteiligte, gelang ihr 1967 mit dem NADGE-Projekt der Einbruch in den westeuropäischen Rüstungsmarkt. NADGE „ist das bisher größte militärische Elektronikprojekt für Europa" [40]); an diesem Projekt eines NATO-Luft-Frühwarnsystems im Werte von 1,2 Mrd. DM sind über 315 Firmen in ganz Europa und in den USA beteiligt. Mit ca. 20 % konnte sich die AEG hinter dem amerikanischen Konsortiumsführer Hughes Aircraft den größten Produktionsanteil sichern. Im Oktober 1970 gründete das NADGE-Konsortium ein weiteres mächtiges internationales Konsortium unter dem Namen „Eutronic", das den Luftverteidigungsbedarf der NATO decken soll. Der zweite Schwerpunkt der Rüstungsinteressen der AEG liegt wie bei Siemens im Marinesektor. AEG ist mit knapp 20 % an der größten westdeutschen Werft HDW beteiligt, die u. a. vor allem U-Boote produziert; weiter gründete sie mit drei anderen Firmen eine Planungsgesellschaft für Unterwasserregelanlagen (z. B. Torpedos). Die bedeutende Position der AEG zeigt sich darin, daß sie 1971 Generalauftragnehmer für den größten Beschaffungsauftrag in diesem Bereich — 10 S-Boote 143 — im Wert von 800—900 Mio. DM wurde. Ähnlich wie Siemens ist die AEG auch für die Landstreitkräfte (Panzerelektronik) tätig. Insgesamt wird dieser bedeutendste Rüstungsmarkt der BRD von rund zehn Konzernen beherrscht; hinzu kommen IBM, Honeywell, Kollsmann, Litton, SEL (alle USA), BBC (Schweiz), Robert Bosch GmbH und Rohde & Schwarz (BRD), wobei AEG und Siemens den Löwenanteil auf sich vereinigen. Die Rüstungsmonopole in der Elektroindustrie haben ein außerordentlich breites Forschungs- und Produktionsspektrum und nehmen als typische Koproduzenten an der Ausrüstung aller drei Teilstreitkräfte gleichermaßen teil. Dem entspricht eine enge Verbindung der Konzerne untereinander durch Kapitalbeteiligungen, Kooperations- oder Lizenzabkommen.

Luftfahrtindustrie

Im Gegensatz zur Elektroindustrie sind die Konzerne des zweiten großen Zentrums der westdeutschen Rüstungsindustrie, der Luftfahrtindustrie, zu mindestens 80 % von den Aufträgen des BMVtdg. abhängig. Die Waffen- und Munitionsindustrie ausgenommen, ist kein anderer Industriezweig der BRD so total militarisiert; hier wurden seit 1958 1955 Flugzeuge (davon 527 Kampfflugzeuge und 251 Transportflugzeuge), 140 000 Panzerabwehrraketen und eine unbekannte Anzahl von Hawk- und Sidewinder-Raketen produziert [41]). Nachdem sich Mitte der sechziger Jahre der Rüstungsmarkt noch auf rund ein Dutzend Unternehmen aufteilte, wird er nun nach einem in der BRD einmaligen Konzentrationsprozeß von

39) Vgl. W, 311/1971 (Beilage); W 268/1970, S. 3; „Flug-Revue", 9/1969, S. 24; Autorenkollektiv, Militär-Industrie-Komplex in der BRD, DWI-Forschungsheft 3/1971, S. 21; Autorenkollektiv, Rüstungszentrum München, München 1971, S. 51 f.; R. Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970, S. 131 f.; die drei letztgenannten Schriften haben die Entwicklung der Rüstungsindustrie detailliert analysiert und werden im folgenden nicht mehr gesondert aufgeführt.
40) „Flug-Revue", 4/1969, S. 18.
41) Vgl. „Wehrtechnik", 8/1971, S. 306.

drei Monopolen beherrscht: der MBB, der Konzerngruppe VFW-Fokker und der MTU. Gemessen an diesen drei Unternehmen sind die KHD (Triebwerke) und die Dornier AG relativ unbedeutend. In dem gesamten Industriezweig waren 1970 ca. 62 000 Personen nahezu ausschließlich in der Rüstungsproduktion beschäftigt. Unter Berücksichtigung der Ausrüstungs- und Zuliefererkonzerne lag der Gesamtumsatz 1970 bei ca. 3,2 Mrd. DM. MBB, VFW-Fokker und die Dornier AG hielten schon 1968 96 % des Gesamtkapitals des westdeutschen Luftfahrtbaus; 97 % der Forschungs- und Entwicklungskapazität und 94 % aller Beschäftigten des Flugzeugbaus waren in diesen drei Konzernen zusammengefaßt [42]). Auf dem ebenfalls zu diesem Industriezweig zählenden Triebswerksektor besitzt das gemeinsame Tochterunternehmen der MAN und der Daimler-Benz AG MTU eine sogar für die hochkonzentrierte Rüstungsindustrie bemerkenswerte Monopolstellung: der „Marktanteil von MTU am deutschen Triebwerkbau liegt zwischen 80 und 90 Prozent" [43]). Von den 6500 Beschäftigten der Triebwerkindustrie arbeiten allein 5000 bei MTU, die nahezu ausschließlich von Aufträgen des BVMtdg lebt [44]).

Insgesamt kann zur Entwicklung des Rüstungskapitals in diesen zwei Industriezweigen gesagt werden:

1) Auf Kosten der konventionellen Rüstung dehnt sich die Rüstungsproduktion in diesen Zweigen rapide aus und orientiert sich vor allem in der Elektroindustrie (aber auch bei MTU und MBB) zunehmend an den „Bedürfnissen" aller Teilstreitkräfte.

2) Darin spiegelt sich eine militärstrategische und -ökonomische Konzeption wider, die auf die Bereitstellung der Mittel für eine umfassende, lückenlose Kriegführung orientiert ist und zugleich versucht, die Anforderungen und Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution in eine entsprechende Konzeption zu integrieren [45]).

3) Der Monopolisierungsgrad in der Luftfahrt- und Elektroindustrie ist außerordentlich hoch. Insgesamt wird der Rüstungsmarkt von fünf Rüstungsmonopolen beherrscht (AEG, Siemens, MBB, MTU, VFW-Fokker); die restlichen Marktanteile entfallen im wesentlichen auf zehn weitere Unternehmen. Alle größeren Rüstungskonzerne sind mit großen Kapital- oder Finanzgruppen liiert oder werden von ihnen kontrolliert; dabei spielt die Deutsche Bank eine herausragende Rolle (Siemens, VFW-Fokker, MBB, MTU), ebenso ist der Einfluß US-amerikanischer Konzerne bedeutend. Unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution wird dabei die Entwicklung komplexer Forschungs-, Produktions- und Finanzgebilde, die über die Grenzen des Industriezweiges hinausgreifen (ein Beispiel ist MBB), rasch voranschreiten.

Konventionelle Rüstungsindustrie

Doch auch, wenn sich aufgrund der technischen Revolutionierung des Militär-

42) Zu diesen Unternehmen einige Stichworte. MBB hatte 1970/1 bei 21 000 Beschäftigten einen Umsatz von 1,1 Mrd. DM. 1970 entfielen 87,6 % seines Geschäftsvolumens auf den nahezu ausschließlich militärischen Flugzeugbau und auf die militärische Forschung. Sein Stammkapital von 62,3 Mio. DM (1971) teilt sich wie folgt auf: Familie Blohm 24,85 %; Messerschmitt 21,3 %; Bölkow 13,4 %; Boeing Comp. (USA) 8,9 %; SNIAS (Frankreich) 8,9 %; Siemens 8,35 %; A. Thyssen AG 8,35 %; Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung 5,95 %. VFW-Fokker hatte 1970 20 300 Beschäftigte und einen Umsatz von ca. 950 Mio. DM; die Firma ist zu fast 90 % vom BMVtdg. abhängig. Am Kapital der deutsch-holländischen Zentralgesellschaft sind beteiligt (1970): Northrop Corp. 20 %; Krupp 17,55 %; United Aircraft 13,2 %; Hanseatische Industriebeteiligungsgesellschaft (an der SEL zu 30 % beteiligt ist) 13,2 %; holländische, belgische und Schweizer Banken mit gut 30 %; die holländische Werkzeugmaschinenfabrik VMF mit ca. 10 % und die Firma Heinkel mit 6,05 %. Die Dornier AG schließlich erzielte 1970 bei über 7000 Beschäftigten 387 Mio. DM Umsatz und ist in Familienbesitz (vgl. „Flug-Revue", 4/1969, S. 20 u. 6/1969, S. 24; „Handelsblatt" v. 17. 11. 1970; 24. 4. 1971; 25. 6. 1971; 28. 7. 1971; 24. 9. 1971).

43) „Handelsblatt" v. 17. 2. 1971.

44) Zusammen mit KHD war und ist die MTU an allen bedeutenden Projekten der Flugzeugindustrie und des Panzerbaus beteiligt; sie ist aber auch im Marinesektor tätig.

45) Dies zeigt auch die Verteilung der Forschungsmittel des BMVtdg.: die Gesamtausgaben stiegen von 1962—1969 um das Zweieinhalbfache, die Ausgaben im Elektroniksektor jedoch nahmen um das Sechsfache zu.

wesens der Anteil der „konventionellen" Rüstung verringert hat, ist er doch keineswegs bedeutungslos geworden. Die Fahrzeugindustrie als ein solcher „konventioneller" Zweig hat gegenwärtig einen Rüstungsumsatz von 5—10 % und ist außerordentlich hoch konzentriert. Auf der einen Seite steht die von Flick, Quandt und der Deutschen Bank beherrschte Daimler-Benz AG, die seit 1960 über die Hälfte aller von der Bundeswehr bestellten Fahrzeuge produzierte [46]). Auf der anderen Seite steht das Firmenkartell Krupp, MAN, KHD und Rheinstahl, das 1971 den Löwenanteil an einem der größten Beschaffungsvorhaben in der Geschichte der Bundeswehr (die Fahrzeug-Folgegeneration der Mittelklasse, Auftragswert 4 Mrd. DM) erhielt [47]).

Auch der Panzerbau wird von drei Monopolen kontrolliert: von Krupp, Flick und Rheinstahl. Eine Sonderstellung nimmt hier die zu über 95 % von Flick beherrschte Krauss-Maffei AG ein, die in den letzten 4 Jahren zum größten Panzerproduzenten Westeuropas avancierte. Der Rüstungsanteil am Firmenumsatz liegt über 50 %; durch das 5-Mrd.-DM-Geschäft mit dem Leopard-Kampfpanzer, für den Krauss-Maffei 3700 Bestellungen notieren konnte und der inzwischen bereits in 5 NATO-Länder exportiert wurde, konnte Krauss-Maffei seinen Umsatz zwischen 1968 und 1970 mehr als verdoppeln (von 322,4 auf 663,3 Mio. DM) und seine Exportquote von 37,6 % auf 72,2 % steigern. Krauss-Maffei wird ebenfalls den Kampfpanzer der „siebziger Jahre", den Leopard II, bauen, der pro Stück 1,8 Mrd. DM (Leopard I: 1,2 Mrd. DM) kosten wird; bereits jetzt richtet sich der Blick auf den Leopard III, der kurz vor 1990 zum Einsatz kommen soll [48]). Derlei vorausblickende Planung schöpft nicht nur bei dem Flick-Konzern Krauss-Maffei aus jahrzehntealter Erfahrung darüber, wie Kriege vorbereitet und durchgeführt werden. Auch bei Rheinstahl (Umsatzanteil der Rüstung 10 %) hält die Berufung auf die Kriegsproduktion für die faschistische Wehrmacht als Qualitätsausweis her[49]). Das momentan wichtigste Rüstungsprojekt von Rheinstahl ist das 1,8-1 Mrd.-DM-Programm „Schützenpanzer ‚Marder'" und der dazugehörende Panzermörser (Stückzahl 2171); weiter baut Rheinstahl 6 U-Boote à 45,8 Mio. DM und ist stark im Exportgeschäft engagiert. Ein Drittel der Schützenpanzer wird von der Kruppschen Atlas MaK Maschinenbau GmbH gefertigt (militärischer Produktionsanteil ca. 40 %), die auch Schiffsmotoren produziert und erst vor wenigen Monaten einen Auftrag über 105 Brücken-Panzer Leopard I im Werte von 105 Mio. DM verbuchen konnte.

Bezeichnend für die enge Verflechtung des westdeutschen Rüstungskapitals ist, daß Flick und Krupp, die den größten Teil der Panzerproduktion der BRD kontrollieren, zusammen mit der Quandt-Gruppe und dem Röchling-Konzern auch die westdeutsche Waffen- und Munitionsindustrie fast völlig beherrschen, die zu 80—90 % von Aufträgen des BMVtdg. abhängt. Die bedeutendsten Unternehmen

---

46) Das „Handelsblatt" v. 15. 3. 1971 schrieb dazu: „Daimler-Benz ist von der Bundeswehr bisher mehr als reichlich bedacht worden. Die Firma baut sämtliche Motoren für die Panzer vom Typ ‚Leopard' und ‚Marder' und eine stattliche Anzahl von Schiffsmotoren."

47) Dieser Milliardenauftrag wurde vom BMVtdg. als Hebel und Katalysator der Monopolisierung benutzt: die zwei Konkurrenten haben sich „auf die Anregung des BMVtdg. bereit erklärt, künftig an dem Gesamtprojekt der Rad-Kfz-Folgegeneration gemeinsam weiterzuarbeiten" (Wk, 4/1971, S. 216). Zum folgenden vgl. „Handelsblatt" v. 28. 6. 1971, „Frankfurter Rundschau" v. 29. 6. 1971 sowie WuW 7—7/1971, S. 347.

48) Schon letztes Jahr wurde begonnen, für den Leopard III u. a. „die militärstrategische und operative Prognose (1980—2000), eine Umwelt-Prognose, eine Bedrohungs-Prognose ... sowie eine technische Entwicklungs-Prognose" auszuarbeiten (W, 329/1971, S. 2).

49) Anläßlich der Übergabe des ersten „Marder"-Schützenpanzers erklärte der ehemalige CDU-Wirtschaftsminister und jetzige Rheinstahl-Aufsichtsratsvorsitzende Schmücker in Kassel: „... ist doch dieser ehemalige Henschel-Betrieb geradezu historischer Boden für den Panzerbau. Zurückreichend bis zu den Kriegstypen Panther und Tiger wurden Entwicklung und Bau solcher Fahrzeuge hier unentwegt gepflegt, nur unterbrochen durch die besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit." Sein technischer Direktor erläuterte das Selbstverständnis der nachfaschistischen Generation der Rüstungsindustriellen noch näher: sie seien „eigentlich ... die Nachkommen der Leute, die schon im vergangenen Krieg diese Fahrzeuge gebaut haben. Und die technischen Kenntnisse sind uns aus dieser Zeit noch geläufig" (W. Menningen, Waffen für die Welt? Sendung ARD v. 14. 7. 1971).

sind die Rheinmetall GmbH (Röchling), die Diehl AG, die Firmen Dynamit Nobel AG und Sauer & Sohn (beide Flick), Wasag Chemie und Nitrochemie GmbH (beide Krupp) sowie Industriewerke Karlsruhe Augsburg AG und die Mauser-Werke (beide Quandt). Die stärkste Position in diesem Industriezweig nimmt die Rheinmetall GmbH ein, die gerne darauf verweist, seit ihrer Gründung im Mai 1889 immer wieder „erfolgreich" im Rüstungsgeschäft tätig gewesen zu sein [50]). Die von Röchling beherrschte Rheinmetall-Gruppe hat 6300 Beschäftigte und einen Umsatz von 586 Mio. DM (1970), von dem mindestens 60 % auf das Rüstungsgeschäft entfallen. „Was an Waffen und Munition in der Bundesrepublik zu entwickeln ist", erklärte der Vorstandsvorsitzende Caesar 1971, „kann Rheinmetall machen. Wir sind als einzige Firma darin allround." Rheinmetall sei „von Kleinpatronen bis zum Mariner-Schlingerstand für alles an Waffen- und Munitionsentwicklung ansprechbar" [51]). Rheinmetall ist praktisch an allen Panzerprogrammen der BRD beteiligt und hat Ende 1970 mit der Gründung einer gemeinsamen Entwicklungsgesellschaft für Turm- und Waffenanlagen zusammen mit der Wegmann & Co, Waggonfabrik die Forschungs- und Entwicklungskapazität in diesem Bereich monopolisiert. Unter den anderen Produzenten in der Waffen- und Munitionsindustrie ragen noch die Firmengruppe Diehl (Rüstungsumsatz 1970 ca. 250 Mio. DM), Dynamit Nobel und die Industriewerke Karlsruhe Augsburg hervor. Einen vergleichbar hohen Grad der Monopolisierung, wie er in den bisher betrachteten Industriezweigen beobachtet werden kann, findet man auch in der Werft- und Schiffbauindustrie als dem letzten Bereich „konventioneller" Rüstung, der in der Rüstungsproduktion eine Rolle spielt. Klingemann schätzt, daß von 1956—66 ungefähr 11 % des Umsatzes der Werftindustrie auf Rüstungsaufträge entfielen [52]); diese Quote dürfte sich in den letzten Jahren verringert haben und wird gegenwärtig wieder ansteigen. Das Zentrum der Rüstungsproduktion ist die Howaldtwerke Deutsche Werft AG (HDW), an deren Kapital der Bund, der Haniel-Konzern und die AEG maßgeblich beteiligt sind. Zur Entwicklung dieser viertgrößten Werftgruppe der Welt konstatierte jüngst die „Frankfurter Rundschau", „daß heute die Kieler Howaldtwerke auf dem besten Wege sind, sich zu einer U-Boot-Waffenschmiede für die Welt zu entwickeln" [53]). Der Auftragsbestand des Konzerns, dessen Vorstandsmitglieder „den Bau von U-Booten als einen Schwerpunkt ... und nicht als Füll- oder Nebenbeschäftigung" [54]) betrachten, belief sich Ende September 1971 auf 28 U-Boote im Werte von 901 Mio. DM. Davon sind 18 Boote für die Bundesmarine bestimmt, weitere 10 Boote gehen u. a. nach Argentinien und Griechenland in den Export. Ebenfalls im U-Boot-Geschäft stehen die Atlas-MaK Maschinenbau (Krupp) und vor allem die Rheinstahl-Nordseewerke, die bisher an Norwegen 15 U-Boote lieferte und auch für die Bundesmarine produziert. Auch im Schiffbau — vorwiegend kleinere und mittlere Einheiten wie Transporter und Minenleger (Blohm & Voss) oder Schnellboote (AEG) — und in der Ausrüstung (Elektronik, Raketen) für die Marine spielen die westdeutschen Rüstungskonzerne eine international immer größere Rolle.

Zusammenfassend sollen hier folgende Kennzeichen der Rüstungsindustrie der BRD hervorgehoben werden:

50) Schon 1901 belieferte der Konzern England, Norwegen und die USA. Im Ersten Weltkrieg schnellte die Zahl der Beschäftigten von 8000 auf 48 000; bereits 1925 wurden erneut Waffenentwicklungen begonnen, und bis 1945 entwickelte sich Rheinmetall zu einer der größten Waffenschmieden des faschistischen Deutschlands, für die 1945 80 000 Arbeiter und Angestellte arbeiten mußten. Noch heute rühmen Bundeswehrzeitschriften die Qualität der Rheinmetall-Produkte; vgl. „Soldat und Technik", 12/1970, S. 709. Bedauernd heißt es dort auch zur Zeit nach 1945: „Langsam erst gelang es, aus zurückkehrenden ehemaligen Mitarbeitern wieder eine Kernmannschaft zu bilden, mit der die nötigen Grundlagen der neuen Waffenfertigung gelegt werden konnten" (S. 708).

51) Vgl. „Die Welt" v. 13. 7. 1971; „Süddeutsche Zeitung" v. 13. 7. 1971.

52) Klingemann, Probleme, S. 258.

53) „Frankfurter Rundschau" v. 29. 9. 1971.

54) „Handelsblatt" v. 29. 9. 1971.

1) Der Anteil des Rüstungskapitals am industriellen Gesamtumsatz (bzw. der Anteil der Rüstungsproduktion an der industriellen Gesamtproduktion) und die Zahl der in der Rüstungsindustrie Beschäftigten lassen sich zwar mangels statistischer Unterlagen nur schätzen [55]), sie dürften aber geringer sein als in England und Frankreich.

2) Besonders charakteristisch ist jedoch der — verglichen mit anderen Sektoren der Wirtschaft — außerordentlich hohe Grad der Konzentration des Rüstungskapitals und der Rüstungsproduktion in der BRD. Der größte Teil der Rüstungsproduktion findet in rund 30 Unternehmen statt, die im Besitz von knapp einem Dutzend Finanzgruppen und Großkapitale sind (Siemens, Krupp, Flick, AEG, Thyssen, Quandt, Haniel, Rheinstahl, Röchling, Klöckner). Fast alle Konzerne spielten eine führende Rolle in der faschistischen Rüstungswirtschaft. Vor allem seit 1965/67 haben sich über eine staatlich vermittelte rasche Akkumulation des Kapitals, das Eindringen in neue Produktionsbereiche und die Kooperation und Verflechtung von Konzernen ganz unterschiedlicher Produktionsstruktur Rüstungsmonopole herausgebildet, die innerhalb des westdeutschen Kapitals eine ökonomische Macht repräsentieren, wie sie allein aus der Größe des Rüstungsumsatzes bzw. der Rüstungsproduktion nicht erkennbar ist.

3) Die besonderen Ursachen dieses raschen Monopolisierungsprozesses liegen darin, daß in allen Phasen des Reproduktionsprozesses in diesem Industriezweig mit Hilfe staatlicher Regulierungsmaßnahmen besonders günstige Bedingungen für die kontinuierliche Erzielung hoher Profite gegeben waren und ebenso aufgrund der militärstrategischen und -ökonomischen Konzeption die Entwicklung der Wissenschaft für militärische Zwecke Vorrang hatte, deren breite Anwendung zur notwendigen Bedingung des Kapitalverwertungsprozesses wird.

4) Die Existenz von reinen „Waffenschmieden" ist nicht charakteristisch für das BRD-Rüstungskapital. Eine starke regionale Konzentration der Rüstungskapazitäten — vor allem in Bayern und Bremen — ist dadurch jedoch nicht ausgeschlossen.

Expansion des BRD-Rüstungskapitals

Aufgrund des Koalitionscharakters des modernen Krieges besteht innerhalb der NATO der objektive Zwang, innerhalb der Mitgliedstaaten ein bestimmtes Minimum an Rüstungskapazität und im Bündnis eine Vereinheitlichung der Ausrüstung zu erreichen. Das erste Erfordernis diente westdeutschen Militärs und Industriellen lange Zeit als Argument zur Begründung der Remilitarisierung der Wirtschaft. Durch internationale Rüstungskooperation vor allem mit dem US-Rüstungskapital und — eng damit verbunden — den Aufbau eigener Forschungs- und Produktionskapazitäten hoftfe das westdeutsche Rüstungskapital, das Monopol der US-amerikanischen, englischen und französischen Rüstungskonzerne auf dem NATO-Rüstungsmarkt zu brechen, mittelfristig eine „gleichberechtigte" und langfristig eine superiore Position im internationalen Rüstungsgeschäft zu erlangen und damit auch eine materielle Basis für traditionelle Hegemonieansprüche schaffen zu können. In diese Etappe des Übergangs von der „gleichberechtigten" zur superioren Rüstungskooperation ist das westdeutsche Rüstungskapital in der 2. Hälfte der sechziger Jahre eingetreten.

Die gegenwärtige internationale Aktivität des westdeutschen Rüstungskapitals zeichnet sich vor allem aus durch

55) Daher forderte die 8. Bundesjugendkonferenz des DGB im November 1971 die Bundesregierung zu Recht auf, „genaue Statistiken über die Zahl der in der westdeutschen Rüstungsindustrie Beschäftigten zu veröffentlichen" („Solidarität", 1/1972, S. 17).

a) einen relativ umfangreichen Waffenexport,

b) die Beteiligung an bi- oder multilateralen Forschungs- und Produktionsprojekten als „gleichberechtigter Partner" oder in dominierender Stellung,

c) die Institutionalisierung der Rüstungskooperation auf NATO-Ebene.

Rüstungsexport

Bislang wurden 51 Staaten vor allem in Europa und Afrika mit westdeutschen Rüstungsgütern beliefert. Zwar hält die Bundesregierung wie ihre Vorgängerinnen die durchaus vorhandenen Angaben über den westdeutschen kommerziellen Rüstungsexport weiterhin unter Verschluß, doch kann geschätzt werden, daß bis 1967 jährlich Rüstungsgüter im Werte von 300—400 Mio. DM exportiert wurden [56]). Seit 1967 sind die Rüstungsexporte stark angewachsen, ohne jedoch bislang in französische oder US-amerikanische Größenordnungen hineingewachsen zu sein. Der Anteil des Rüstungsexports am Gesamtexport betrug 1968 0,3 %, 1970 0,5 % und dürfte inzwischen knapp unter 1 % liegen [57]). Zur Politik der Bundesregierung erklärt das „Weißbuch 1971/72": „Die Bundesregierung ... will den Kriegswaffenhandel einschränken. Der Export von Kriegswaffen in Länder außerhalb der NATO ... soll grundsätzlich unterbleiben. Die Ausfuhr sonstiger Rüstungsgüter ist beschränkt" [58]). Derlei Erklärungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die BRD-Rüstungsexporte keineswegs unbedeutend sind. Bei einzelnen Waffensystemen (z. B. Panzer, U-Boote) decken BRD-Konzerne inzwischen den NATO-weiten Markt (ohne USA) ab; die Bundesregierung hat den Export von Rüstungsgütern nach Griechenland und — wenn auch „sehr beschränkt" — nach Portugal ermöglicht und die Unterstützung der türkischen Militärdiktatur durch Lieferung von Rüstungsgütern massiv forciert [59]). Auch der Export von militärischen Ausrüstungsgütern in Nicht-NATO-Staaten ist weiterhin möglich und wird praktiziert [60]), wobei sich das Schwergewicht der Exporte auf „weiches Gerät" verlagert — z. B. Kraftfahrzeuge, Fernmeldegerät o. ä. Das entspricht der seit Mitte der 60er Jahre gewandelten Strategie der westdeutschen Militärhilfe, sich auf den Aufbau polizeiähnlicher „Sicherungskräfte" in den Ländern der Dritten Welt zu konzentrieren, deren Hauptfunktion die Bekämpfung nationaler Befreiungsbewegungen ist. Die vorhandenen restriktiven Regelungen verlieren zudem an Wert, da sie — zumindest in der Tendenz — durch Lizenzen, Koproduktion mit ausländischen Rüstungskonzernen oder Eigenproduktion in

56) Vgl. dazu H. Haftendorn, Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD, Düsseldorf 1971, bes. S. 35—61; U. Albrecht, B. A. Sommer, Deutsche Waffen für die Dritte Welt, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 72 f.

57) Vgl. Weißbuch 1970, S. 157 ff.; E. W. Mommsen, Wehrtechnik ist Spitzentechnik, in: „Soldat und Technik", 9/1970, S. 481.

58) Weißbuch 1971/72, S. 149. Regierungssprecher Wechmar erklärte, man wolle „helfen, Abrüstungsmaßnahmen zu fördern", (Sendung des Hessischen Rundfunks am 16. 6. 1971).

59) So setzte sich die Bundesregierung stark für den Export von vier U-Booten der HDW-Werft nach Griechenland ein; gegenwärtig werden Rüstungslieferungen in Höhe von 45 Mio. DM an Griechenland angestrebt (vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 29. 2. 1972). Die Militärhilfe für die Türkei wurde auf 100 Mio. DM erhöht, was der westdeutschen Rüstungsindustrie Aufträge in Höhe von 50 Mio. DM einbringt.

60) Dabei ist zu unterscheiden: der private kommerzielle Rüstungsexport geht keineswegs, wie oftmals behauptet wird, nur in NATO-Staaten. Erst im Juli 1971 genehmigte die Bundesregierung den Export von Flugzeugteilen im Werte von ca. 10 Mio. DM nach Brasilien durch MBB und Dornier (vgl. W 320/1971, S. 3); in Thailand wird gegenwärtig von der Maschinenfabrik Heckler & Koch eine Waffenfabrik für 53 Mio. DM gebaut, in der automatische Gewehre und MG's produziert werden sollen. Neuerdings wurde bekannt, daß „in Rüstungs-Exportfragen die Länder Schweiz, Schweden, Australien, Neuseeland und Japan den NATO-Ländern praktisch gleichgestellt sind" (W 352/1972, S. 3), so daß im Gegensatz zu den Behauptungen des Weißbuches 1971/72 (S. 149) in absehbarer Zeit diese Länder mit Kriegswaffen beliefert werden. Der private Rüstungsexport im Rahmen der militärischen Ausrüstungshilfe geht 1972 weiter; hier profitiert die Rüstungsindustrie von Abkommen mit Äthiopien, Ghana, Mali, Somalia, Tunesien, Jemen, Kenia, Marokko, Niger, Togo, Tschad und Iran. Gegenüber 9 Ländern hatte die BRD 1972 Liefer-Verpflichtungen in Höhe von 21,3 Mio. DM aus früheren Abkommen, mit 5 afrikanischen Ländern sollen 1972 Material-Lieferungen im Werte von 19,5 Mio. DM vereinbart werden. Die Militärische Ausrüstungshilfe verfolgt eindeutig politische Ziele: im Norden Afrikas unterstützt die BRD Marokko und Tunesien wegen ihrer neutral/positiven Haltung gegenüber Israel; weiter südlich unterstützt sie die ehemaligen Kolonialmächte England (Kenia, Ghana) und Frankreich (Mali, Niger, Togo, Tschad), die z. T. Unterdrückungskriege gegen nationale Befreiungsbewegungen führen (dasselbe gilt für die Unterstützung Äthiopiens); der dritte Schwerpunkt liegt in der Unterstützung Portugals.

ausländischen Tochtergesellschaften von der westdeutschen Rüstungsindustrie unterlaufen werden [61]).

Rüstungskooperation

Der Schwerpunkt der Rüstungskooperation in der NATO liegt gegenwärtig bei der Durchführung bi- oder multilateraler Großprojekte. Das „volumenmäßig absolut größte Gemeinschaftsprojekt" [62]), das die NATO jemals in Angriff genommen hat, ist das MRCA-Flugzeug, das von der BRD, England und Italien gegenwärtig entwickelt und produziert wird. Die Gesamtkosten des Flugzeugs werden bei ca. 36 Mrd. DM liegen. Im Konkurrenzkampf um das MRCA-Projekt, das „größte technologische Programm in Europa seit Christi Geburt" (Schmidt), ist es der westdeutschen Rüstungsindustrie gelungen, sich den größten Produktionsanteil zu sichern; gegen die um das Fünffache größere englische Luftfahrtindustrie konnte der MBB-Konzern die Systemführung des Projekts an sich reißen. Die italienischen Fiat-Werke und die British Aircraft Corporation müssen sich mit einer untergeordneten Rolle zufrieden geben [63]). Für die Avionik (Flugelektronik) des MRCA-Flugzeugs wurde die englisch-deutsch-italienische Avionica-Systems Engineering GmbH gegründet, in der mit der ESG eine Gesellschaft vertreten ist, die fast sämtliche Entwicklungspotenzen der westdeutschen Elektronikrüstungsfirmen zusammenfaßt. Wenn „erwartet (wird), daß rund 50 % der Avionik in der BRD gebaut werden" [64]), zeigt sich auch hier die dominierende Stellung des BRD-Rüstungskapitals in diesem größten NATO-Projekt, an dem über 2000 Firmen teilnehmen. Neben dem zentralen MRCA-Projekt fallen vor allem noch verschiedene Raketenwaffen und 200 Erdkampfflugzeuge Alpha-Jet ins Gewicht, die von Dornier gebaut werden (Gesamtkosten 710 Mio. DM). Zwar sind die Formen der Rüstungskooperation sehr vielfältig und reichen von Zuliefererbeziehungen und Programmabstimmungen bis zu gemeinsamen Forschungs- und Produktionsvorhaben; das regelmäßige Ergebnis der internationalen Rüstungskooperation ist jedoch einerseits die Beschleunigung des Monopolisierungsprozesses auf nationaler Ebene [65]) und andererseits die Begründung relativ stabiler Zusammenarbeitsverhältnisse auf internationaler Ebene und die Herausbildung

---

61) So vergab MBB eine Lizenz an den US-Rüstungskonzern Boeing für den Hubschrauber BO-105, der aus Mitteln des Wirtschaftsministeriums fast vollständig finanziert wurde und regelmäßig als „ziviler" Hubschrauber bezeichnet wird; der Hubschrauber ist jedoch auch „zur Verwendung für militärische Zwecke" („Flug-Revue", 7/1969, S. 20) geeignet und soll in den USA in die Ausschreibung um einen Marinehubschrauber gehen. Boeing teilte mit, daß für den BO-105 Vorbestellungen und Optionen u. a. aus Südamerika und der Republik Südafrika vorliegen; vgl. WuW, 5/1971, S. 261. Ausländische Produktionsstätten besitzt z. B. Rheinstahl (Henschel Engineering Antwerpen) in Holland; Dynamit Nobel (Flick) als einer der größten westdeutschen Munitionsproduzenten hat im Dezember 1971 mit holländischen Konzernen zwei Unternehmen in Holland gegründet (vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 20. 12. 1971); die Industrie-Werke Karlsruhe sollen ca. 80 der Anteile an der niederländischen Munitionsfabrik „De Kruithorn" besitzen, deren Waffen u. a. nach Vietnam geliefert worden sein sollen. Eine Umgehung der Exportrestriktionen zeichnet sich auch im Falle des von Dornier und Dassault-Bréguet (Frankreich) gebauten Alpha-Jet ab: „Da Bonn sich am Rüstungsexport außerhalb der NATO nicht beteiligt", heißt es in WuW 3/1972 S. 109, „wird eine französische Handelsgesellschaft den Export übernehmen. Die Geschäfte werden damit prestigemäßig der französischen Flugzeugindustrie zugeschrieben werden, was jedoch die deutsche Flugzeugindustrie kaum beunruhigen dürfte." Der MBB-Konzern schließlich besitzt eine Kapitalbeteiligung von 13,5 % an dem spanischen Rüstungskonzern Construcciones Aeronauticas S.A. in Madrid. Unterstützt von der Bundesregierung und der Regierung Spaniens, entwickelte MBB mit der CASA das Flugzeug CASA 212, das im Mai 1971 seinen Jungfernflug hatte. „Die CASA 212 . . . ist für zivile und militärische Einsätze ausgelegt. Ihre Reichweite beträgt . . . 1900 Kilometer" (WuW 5/1971, S. 261).

62) E. W. Mommsen, Die Zusammenarbeit des Westens in der Rüstung, in: „Soldat und Technik", 11/1970, S. 610.

63) Zur Stellung des westdeutschen Rüstungskapitals im MRCA-Projekt, das als Versuch angesehen wird, „das quasi-Monopol der amerikanischen Rüstungsindustrie am europäischen, wenn nicht am Weltmarkt zu brechen" (WuW, 2/1970, S. 73), vermerkt das Sprachrohr der Rüstungsindustrie „Wehr und Wirtschaft": „Der Anteil der deutschen Industrie am Gesamtprojekt kann nur als außerordentlich vorteilhaft bezeichnet werden, sowohl was die Zellen- wie die Triebwerksbauer anbelangt. In der Tat wird die ‚Panavia' (MRCA — d. Verf.) für die deutsche Luftfahrtindustrie eine grundsätzliche Bedeutung erlangen, denn bisher war sie noch niemals an einem ähnlichen Großprojekt so weit mitentscheidend beteiligt wie hier" (WuW 7—8/1969, S. 373).

64) „Soldat und Technik", 5/1970, S. 274.

65) Das MRCA-Projekt war ein wesentlicher Grund für die Fusion von Bölkow und Messerschmitt Mitte 1968 und die Beteiligung von Siemens an dem entstandenen MBB-Konzern, vgl. WuW, 1/1969, S. 26, und „Industriekurier" v. 31. 7. 1969.

internationaler Rüstungskartelle [66]). Will man die Bedeutung der bi- oder multilateralen Kooperation auf dem Rüstungssektor jedoch real einschätzen, muß darauf hingewiesen werden, daß die Rüstungszusammenarbeit bisher nur auf Teilgebieten praktiziert wird, wo die Größe und der Umfang einzelner Projekte die Möglichkeiten der nationalen Rüstungsindustrien übersteigen und sich das gemeinsame „Sicherheitsinteresse" gegenüber konkurrierenden Teilinteressen einzelner Monopole, Monopolgruppen oder Staaten durchsetzt. Die kapitalistische Anarchie macht natürlich auch vor dem Militärwesen nicht halt. H. H. J. Labohm, Mitglied der ständigen Delegation Hollands beim NATO-Rat, wies erst jüngst auf 15 größere Waffenentwicklungen hin, bei denen es zu parallelen oder gar mehrfachen Entwicklungen innerhalb der NATO gekommen ist. Angesichts dieser Liste, die nach Labohm „keineswegs erschöpfend" ist, schließt er nüchtern, daß „ein beträchtlicher Teil der früheren, derzeitigen und künftigen Ausgaben für diese Vorhaben als reine Geldverschwendung angesehen werden" muß [67]). Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums ist Rüstungsproduktion ohnehin, da sie weder produktiv noch individuell (substantiell) konsumiert werden kann. Konkurrenzgebundene Parallelarbeit wie auch die bi- oder multilaterale Rüstungskooperation potenzieren diese Verschwendung jedoch noch obendrein. Der Hinweis, daß durch die Rüstungskooperation der Aufbau weiterer nationaler Rüstungskapazitäten verhindert und den steigenden Kosten moderner Waffensysteme entgegengewirkt werden könne, entspringt natürlich einem offensichtlichen Rechtfertigungsinteresse. Tatsächlich werden damit die Kosten der Expansion des westdeutschen Rüstungskapitals internationalisiert und den Werktätigen weiterer Staaten aufgebürdet, soweit das westdeutsche Rüstungskapital wie etwa beim MRCA-Projekt bereits eine dominierende Position innehat. Zusätzlich aber noch werden durch die bilaterale Waffenentwicklung die Gesamtkosten eines Waffensystems um 20—30 % in die Höhe getrieben [68]).

NIAG

In den letzten Jahren wird verstärkt versucht, die Rüstungskooperation über den Rahmen der bi- oder multilateralen, instabilen Zusammenarbeit hinauszuheben und zentral auf NATO-Ebene zu organisieren. Drei Jahre nach der Einrichtung einer zentralen Konferenz der NATO-Rüstungsdirektoren wurde 1969 als offizielles industrielles Beratergremium (Mommsen) die NATO-Industrial-Advisory-Group (NIAG) gegründet. Damit hat das Rüstungskapital seinen Einfluß auf die immer gewichtiger werdende NATO-Rüstungsplanung institutionalisiert und den Grundstock für eine engere Verschmelzung rüstungsindustrieller und militärpolitischer Interessen auf NATO-weiter Ebene gelegt. In der NIAG werden gegenwärtig neben „Grundsatzfragen der internationalen Zusammenarbeit" vor allem „Spezialprobleme der Elektronik und der Luftfahrttechnik ... bearbeitet, die in den Jahren nach 1975" aktuell werden [69]). Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) betont, daß die westdeutsche „Industrie ... mit ihren Experten in allen Gremien — z. T. federführend — tätig" [70]) ist. Durch diese „z. T. federführende" Tätigkeit können die westdeutschen Rüstungskonzerne ihren Einfluß auf die militär- und rüstungspolitische NATO-Planung weiter steigern, zumal sich die Tätigkeit der Konzernvertreter in der „Beratergruppe" keineswegs auf das

66) Das MRCA-Konsortium BAC, Fiat, MBB, das zur Durchführung des Projekts die Panavia Aircraft GmbH gegründet hatte, kündigte bereits im September 1970 eine Vertiefung der Kooperation an, die bislang auf MRCA beschränkt gewesen war; vgl. WuW, 9/1970, S. 463.
67) H. H. J. Labohm, Die Rüstungszusammenarbeit innerhalb der NATO und die technologische Lücke, in: Wk, 8/1970, S. 402.
68) Vgl. Wk, 5/1971, S. 234.
69) Jahresbericht des BDI 1969/1970, S. 138.
70) Jahresbericht des BDI 1970/1971, S. 128. Das westdeutsche Rüstungskapital war 1970 vertreten durch Knieper (VFW-Fokker), Diehl (Diehl-Werke), Pabst (MBB), Hoffmann (Siemens bzw. Zentralverband der elektrotechnischen Industrie) und Zenzinger (BDI), vgl. W, 247/1970, S. 3.

„Beraten" beschränkt [71]). Die Bedeutung der NIAG wird angesichts der von der gegenwärtigen Bundesregierung betriebenen Verstärkung des europäischen Rüstungs- und Militärpotentials und der Intensivierung der Arbeit in der „Euro-Group" zweifellos zunehmen, und die Möglichkeiten, eine von den NATO-Führungsstäben und dem international organisierten Rüstungskapital vorprogrammierte Militär- und Rüstungspolitik über nationale Parlamente einer Kontrolle zu unterwerfen, werden weiter abnehmen. Die Entwicklung der nationalen Rüstungspolitik und -organisation und Fragen des westdeutschen Militär-Industrie-Komplexes müssen daher gesondert behandelt werden.

(Fortsetzung folgt)

Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten des Rainer Barzel (II)*)

Von Hans-Dieter Bamberg

„Die Achtung der Institutionen, das Sichtbarmachen von Amt und Dienst müssen, wie ich meine, ebenso betont werden wie die Überlegenheit des Rechtes und der staatlichen Objektivität gegenüber jedweder gesellschaftlichen Macht und die Sinnhaftigkeit und gerechte Verteilung aller verlangten Opfer" (Rainer Barzel 1962) [212a]).

„Die Folge wäre ein Klimaumschwung, der in alle Bereiche des öffentlichen Lebens — von der Hochschule bis in die Börsen — ausstrahlen würde. Er läßt sich durch folgende Stichworte charakterisieren: Betonung von ‚Law and order'; Konsolidierung des angeschlagenen marktwirtschaftlichen Selbstverständnisses; Akzeptierung von Privateigentum und persönlicher Freiheit" (die „Wirtschaftswoche/Der Volkswirt" über eine Regierung Barzel) [212b]).

VIII

In offensichtlicher Anlehnung an korporative Ständestaatsauffassungen bezeichnet Barzel Mensch, Familie und Eigentum als „die gesunden Pfeiler unserer Ordnung" [213]). Eigentum als Ordnungs- und Herrschaftsfaktor in Form der privaten Verfügung über Produktionsmittel und die damit arbeitenden Menschen ist dabei das Herzstück. Durchgängig findet man bei Barzel alles, was dieses Herrschaftsmittel tangieren könnte, in den düstersten Farben gemalt. 1958 nahm er unter mehrmaliger Betonung seiner Beheimatung „im christlichen Lager" zum Thema „Wohlfahrtsstaat gegen Versorgungsstaat" [214]) das Wort. Äußerlich imponierend, zitiert er diffus konservative bis faschistoide Staatsrechtler und christliche Reaktionäre, denen ein Sozialstaat, soweit er über obrigkeitliche Armen-

*) Vgl. Heft 4/72.

71) Nach Mommsen haben die NIAG-Vertreter keineswegs nur auf Anforderung sich zu bestimmten Fragen gutachtlich zu äußern, sondern sie sollen zugleich beschränkte Vollmachten und Mittel zur Erarbeitung von Vorschlägen für neue Waffensysteme und den dazugehörigen militärischen Forderungen erhalten; vgl. Mommsen, Friedenspolitik, S. 1381.

212a) Barzel 1962, zit. nach Urs Jaeggi, Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1969, S. 108.

212b) Zit. nach „Berliner Extradienst", 19. 4. 1972, S. 4.

213) R. B., Die gesellschaftspolitische Zielsetzung der CDU (Anm. 127), S. 104.

214) R. B., Wohlfahrtsstaat gegen Versorgungsstaat, in: Die politische Meinung, 30 (1958), S. 40 ff.

Zur Rüstungspolitik der Regierung Brandt/Scheel (II)*)

Von Rainer Rilling und Hartmut Sychla

III. Die Entwicklung der Rüstungsorganisation

Auf dem Wege zu einer „europäischen Verteidigungsidentität" (Helmut Schmidt) zeichnet sich gegenwärtig deutlich die Tendenz ab, daß infolge der übernationalen Vorprogrammierung der Militär- und Rüstungspolitik durch NATO-Führungsstäbe und international organisiertes Rüstungskapital die Möglichkeiten politischer Kontrollc durch die Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie weiter rapide beschnitten werden. Die von der SPD/FDP-Bundesregierung 1969 initiierte Neuorganisation des Staatsapparats und seiner Kooperationsbeziehungen mit dem Rüstungskapital setzt diese Entwicklung auf nationaler Ebene fort. Das politische Ziel dieser Neuorganisation war die Neuordnung der „partnerschaftlichen Zusammenarbeit" zwischen Rüstungskapital und staatlichen Rüstungsagenturen; insgesamt sollte „die Schlagkraft im Rüstungsbereich wesentlich verbessert werden" [72]).

Mit der Reorganisation folgte Schmidt dringenden Forderungen des Rüstungskapitals [73]). Zur Erstellung eines vorbereitenden Gutachtens berief er im Juni 1970 die sogenannte „Mann-Kommission" ein, der u. a. der frühere Referent Mommsens bei Thyssen angehörte und die eng mit der Industrie zusammenarbeitete [74]). Da der am 28. Januar 1971 veröffentlichte grundlegende „Rahmenerlaß zur Neuordnung des Rüstungsbereichs des BMVg" „bis auf wenige Abweichungen auf dem Bericht der Mann-Kommsision" basierte [75]), wurde er von der Rüstungsindustrie lebhaft begrüßt. Der Erlaß zielte darauf ab, die ministeriellen Aufgaben im Rüstungsbereich auf Planung, Leitung und Kontrolle zu konzentrieren, die Verantwortung für die Durchführung der getroffenen Entscheidungen auf das nachgeordnete BWB zu verlagern und eine zentrale Rüstungsabteilung im BMVg einzurichten. Die vorgesehene Umstellung auf eine flexible projekt- und systemorientierte Rüstungsorganisation und die Neuordnung des Verfahrensablaufs bei der Entwicklung von Waffensystemen sollten „den militärischen Bedarfsträger mit dem bedarfdeckenden Bereich sowie den ministeriellen mit dem Durchführungsbereich zu einem funktionalen Ganzen" verbinden [76]). Um

*) Vgl. Heft 6/72, S. 598 ff.

72) So Staatssekretär Mommsen in: „Frankfurter Rundschau" v. 8. 2. 1971. In einem Schreiben an die Mitglieder des BMVg-Rüstungsbereichs v. 5. 2. 1971 erklärte Mommsen, das „wesentlichste Anliegen der Neuordnung ist es . . ., die Effizienz des Rüstungsbereichs nachhaltig zu verbessern" („Wehrtechnik", 4/1971, S. 134).

73) 16 von 27 Rüstungskonzernen, die der ehemalige Leiter der Abteilung W des BMVg, H. G. Bode, im Rahmen eines Gutachtens zur Neuorganisation befragte, hielten die Reform des staatlichen Managements „für besonders wichtig" („Wehrdienst" — im folgenden zit. W —, 229/1971, S. 2).

74) Vertreter des Rüstungskapitals waren an der Ausarbeitung des Gutachtens beteiligt und erhielten es noch vor dem entsprechenden parlamentarischen „Kontrollorgan", vgl. W 295/1970 S. 1: „Ein kleiner Klub von Wirtschafts-Führern unter Leitung des Krauss-Maffei-Vorstands-Vorsitzenden durfte das Gutachten über die Neuordnunng des Rüstungs-Bereichs unverzüglich sehen, lesen, diskutieren und begutachten. Den 25 Mitgliedern des Verteidigungs-Ausschusses hat das . . . BMVg . . . eben diesen Wunsch abgeschlagen. Als die Abgeordneten das BMVg vergeblich um Überlassung des Gutachtens baten, hatte der kleine Industrie-Kreis das Papier schon vorliegen."

75) W 302/1971 S. 1. Vgl. auch den BDI-Jahresbericht 1970/71 S. 127: „Der Erlaß beruht auf den Arbeiten einer Kommission, die auch zahlreiche Vorschläge und Hinweise der Wirtschaft berücksichtigt hat. Der BDI begrüßt besonders die durch den Erlaß erstrebte Straffung der Organisation und die Klärung der Zuständigkeiten sowie die Verbesserung der Verfahren im technischen Bereich." Auch die „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik", in der die einflußreichsten Militärs, Rüstungsindustrielle und Vertreter des Staatsapparats vertreten sind und die eine zentrale politische Organisation des Militär-Industrie-Komplexes darstellt, erklärte, daß im Erlaß „ein großer Teil unserer früherer und neuerdings vorgeschlagenen Gedanken und Anregungen in bemerkenswert präziser Form ihren Niederschlag gefunden hat" und der Erlaß „ein großer Wurf zu werden verspricht („Wehrtechnik", 4/1971, S. 135 f.: vgl. auch „Wehr und Wirtschaft" — im folgenden zit. WuW —, 5/1971, S. 256).

76) So das BMVg, vgl. W 293/1970, Beilage.

die dabei notwendig eingeschlossene Verstärkung der Machtposition der Militärs [77]) und die Neuordnung der Zusammenarbeit von Rüstungskapital und Staatsapparat durchsetzen zu können, ging Helmut Schmidt außergewöhnlich demagogisch vor. In einer großangelegten Bundestagsrede im Juni 1970 erklärte er, seit seinem „Amtsantritt mit keinem einzigen deutschen und auch keinem ausländischen Rüstungsindustriellen gesprochen" zu haben, und bat die Abgeordneten „dringend . . ., sich nicht zu Instrumenten der Rüstungslobby machen zu lassen" [78]). Er, Helmut Schmidt, denke nicht daran, als „Gehilfe der Verkaufsmanager deutscher Rüstungsindustrien" zu fungieren [79]). In rüstungswirtschaftlichen Kreisen wurde die Schmidt'sche Rhetorik freilich gelassen kommentiert: „Für die Verteidigungs-Wirtschaft kann das so dramatisch nicht sein", erklärte der „Informationsbrief für die Verteidigungswirtschaft" „Wehrdienst" und schlußfolgerte: „Die von Verteidigungs-Minister Schmidt ausgeteilte Rüstungs-Lobby-Schelte hat ganz offensichtlich den Kleinen gegolten . . . Die Großen der deutschen Rüstungs-Branche haben sich jedenfalls nicht angesprochen gefühlt und sind sich darin einig mit Schmidt" [80]).

Sehr schnell zeigte sich, daß die bestehenden Kontakte Rüstungsindustrie-Staatsapparat nicht abgebaut, sondern intensiviert und neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt wurden. Staatssekretär Mommsen hatte in seiner ersten Rede programmatisch erklärt, die „Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Bundeswehr" werde „um so leichter, je durchlässiger die Grenze zwischen Bundeswehr und Wirtschaft ist. Die Durchlässigkeit muß sich auf alle Ebenen beziehen und daher bei der Führungsspitze anfangen" [81]). Entsprechend dieser Forderung wurden die direkte, personelle Repräsentanz des Rüstungskapitals im Staatsapparat ausgebaut [82]) und die traditionellen Kontakte des BDI „vor allem mit der Leitung des Ministeriums . . . fortgeführt" und intensiviert [83]). Im Juni 1970 wurde der „Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis" gegründet, der als „Beratergremium" beim BMVg erstmals in der BRD 84 Vertreter des Rüstungskapitals, militärischer Spitzenorgane und der staatlichen Rüstungsadministration zentral zusammenfaßt; hier werden die entsprechenden Interessen auf höchster Ebene abgestimmt und die allgemeinen politischen Rahmenbedingungen der jeweiligen rüstungswirtschaftlichen Strategie definiert [84]).

Mit der Einrichtung des Arbeitskreises wurden große Teile des Entscheidungsprozesses in strategisch bedeutsamen rüstungspolitischen Angelegenheiten in die direkte Kompetenz des BDI, des monopolistischen Rüstungskapitals, und einiger Spitzenmilitärs und Vertreter der staatlichen Rüstungsagenturen konzentriert und institutionell verankert; im Bereich der Entscheidungsdurchführung wurden kombinierte Systemmanagements gebildet, die direkt in den staatlichen Rüstungsagenturen (BWB, BMVg), den Führungsstäben der Teilstreitkräfte und in den Spitzenorganen der beteiligten Rüstungskonzerne verankert sind und die den Prozeß der Entwicklung eines Waffensystems ökonomisch, administrativ und politisch einheitlich steuern. Der Neuordnungserlaß sieht folglich vor, die

77) Vgl. Weißbuch 1971/1972, S. 138 ff.
78) „Der Spiegel", 24/1970, S. 28.
79) „Capital", 11/1970, S. 19.
80) W 268/1970, S. 1; W 269/1970, S. 1.
81) W 274/1970, Beilage.
82) Zum Rüstungsstaatssekretär avancierte E. W. Mommsen (Thyssen), der sein Gehalt weiter von der Industrie bezieht. Mommsen war 1938 in die Geschäftsführung der Reichsgruppe Industrie eingetreten und wurde Ende 1940 in das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion berufen, wo er bis zum Kriegsende als Hauptabteilungsleiter „die ganze eisenschaffende Industrie" lenkte. Mommsens Berufung wurde von BDI wie NPD und CSU begrüßt.
83) Jahresbericht des BDI 1969/1970, S. 138. Auch im Jahresbericht 1970/71 streicht der BDI die „Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen dem BDI und dem BMVg" heraus (S. 127).
84) Zum Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis vgl. R. Rilling, Der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis, in: „Blätter", 4/1972, S. 424 ff.

Rüstungsindustrie bei der „Entstehung des Wehrmaterials" noch früher als bisher einzuschalten (Definitions- oder Konzept-Phase) und in den Führungsstäben der Teilstreitkräfte, der BMVg-Rüstungsabteilung und im BWB System-Beauftragte, Projektreferenten und Projekt-Beauftragte einzustellen, die mit dem jeweiligen Auftragnehmermanagement zusammenarbeiten.

Insgesamt stellt die Neuorganisation den Versuch dar, die staatlichen Rüstungsagenturen nach den Prinzipien kapitalistischer Betriebsleitung zu organisieren und das Rüstungsmanagement in den Einzelbereichen zu einem „funktionalen Ganzen" zusammenzuschließen.

Eine solche angestrebte Effektivitätssteigerung scheint zunächst insofern gelungen zu sein, als durch die getroffenen Maßnahmen die unkontrollierte Lobby meist mittelständischer Rüstungsunternehmen zurückgedrängt und damit die Stellung des monopolistischen Rüstungskapitals gestärkt wurde. Weiter hat sich — vor allem mit der Einrichtung des Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreises — die Tendenz verstärkt, nicht nur das Parlament allgemein, sondern auch das ohnehin in seiner Kompetenz eingeschränkte und aufgrund seiner Zusammensetzung zur Kontrolle nicht befähigte parlamentarische Kontrollorgan „Verteidigungsausschuß" [85]) aus dem rüstungspolitischen Entscheidungsprozeß auszuschalten [86]). Hier wird das hinter den Effektivierungsmaßnahmen stehende Interesse deutlich, das, indem es etwa zumindest zeitweise solche randständigen „Kontrolleinrichtungen" innerhalb des „funktionalen Ganzen" zu weit aus dem realen Entscheidungsprozeß hinausdrängt, sogar die spezifische Aufgabe solcher Einrichtungen gefährden kann, nämlich den Schein zu erwecken, eine solche Effektivierung des Rüstungsapparats erfolge im Interesse und unter Kontrolle der „Allgemeinheit". Andererseits ist die angestrebte weitere Zentralisierung politisch-ökonomischer Macht — der Zusammenschluß zu einem „funktionalen Ganzen" — begrenzt durch die innere Widersprüchlichkeit der sie vorantreibenden Interessen [86a]) und ihrer Gegenkräfte in der gesamten Gesellschaft.

IV. Die Entwicklung der Rüstungspolitik

Ebenso wie durch verbale Attacken gegen die Rüstungslobby und durch die Verbreitung einer Partnerschaftsideologie der Schein einer von Klasseninteressen losgelösten Rüstungspolitik gefestigt werden soll, versucht die Bundesregierung den Eindruck zu erwecken, mit ihrer Rüstungspolitik nichts zur Stärkung der ökonomischen Machtposition des Rüstungskapitals beizutragen. Schon wenige

---

85) „Im Parlament in Bonn gibt es nur eine Handvoll Abgeordnete, die wirklich in der Lage sind, in die Bundeswehr hineinzusehen", vermerkt „Die Welt" v. 4. 6. 1970. Vgl. auch WuW 4/1972, S. 165: „In der BRD — aber auch in anderen Staaten — werden Fragen der Rüstung als das Geheimwissen eines kleinen Kreises von militärischen und wissenschaftlichen Spezialisten angesehen und damit der öffentlichen Diskussion entzogen. Mit den sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten haben selbst Abgeordnete der speziell hierfür eingesetzten Ausschüsse des Bundestages zu kämpfen." Aus der Untersuchung von H. Schatz, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß. Bedingungen der verteidigungspolitischen Willensbildung im Deutschen Bundestag, Meisenheim am Glan 1970, kann die geringe Fähigkeit des Verteidigungsausschusses zur Budgetkontrolle und zur Kontrolle der Beschaffungsvorhaben entnommen werden. Zudem sind in dem Ausschuß vertreten 1) bis vor kurzem über den CSU-Schatzmeister und Flick-Gesellschafter Pohle der Flick-Konzern und der Bundesverband der Luftfahrtindustrie über H. Schneider (CDU); 2) Über die Hälfte der Mitglieder sind als Soldaten, Reserveoffiziere o. ä. eng mit dem Militär verbunden. Weiter stimmen die Abgeordneten konzeptionell häufig mit dem Rüstungskapital nahtlos überein, vgl. „die tat" v. 19. 2. 1972, S. 6.

86) Schmidt gab z. B. seine Entscheidung zum Kauf der Phantom-Flugzeuge bekannt, „noch ehe er sie im Kabinett und den zuständigen parlamentarsichen Gremien erläuterte und begründete" („Süddeutsche Zeitung" v. 25. 3. 1971). Im Herbst 1970 wandten sich die Vorsitzenden der Ausschüsse Verteidigung und Haushalt gegen den Versuch Schmidts, den Ausschüssen Informationen vorzuenthalten.

86a) Daß sich etwa die monopolistische Konkurrenz innerhalb des Rüstungskapitals in den Staatsapparat hinein fortsetzt, zeigt sich äußerlich z. B. daran, daß sog. „militärische Forderungen" für Rüstungsgüter, die die Grundlage einer Angebotskonkurrenz darstellen, häufig offensichtlich von vornherein auf ein bereits konzipiertes Waffensystem zugeschnitten sind.

Monate nach seiner Amtsübernahme erklärte Helmut Schmidt programmatisch, daß er seine Aufgabe „in keiner Weise darin (sehe), die Existenz-Kontinuität bestimmter deutscher Firmen oder die Beschäftigungs-Kontinuität bestimmter Werke zu sichern" [87]). Im Herbst 1971 verlautete er, im Laufe seiner Amtszeit „nichts dazu getan" zu haben, „diese Art von Industriebranchen zu erweitern". „Wir sind nicht daran interessiert", fuhr er fort, „den kleinen Teil unserer Industrie, der Rüstungsproduktion betreibt, besonders hoch zu beschäftigen" [88]). Nach diesen lautstarken Feststellungen fügte Schmidt jedesmal gleichsam nebenbei hinzu, daß es einen „kleinen Teilausschnitt" innerhalb der Rüstungsindustrie gebe, der aufgrund seiner großen wissenschaftlich-technischen Bedeutung gefördert werden müsse: die Elektronik [89]), der Triebwerksbau und zum Teil die Flugzeugtechnik. Im neuen Weißbuch wird zusätzlich noch die Datenverarbeitung genannt. Auf diesen „kleinen Teilausschnitt" entfielen freilich schon 1969 zwischen 45 und 55 % der gesamten militärischen Forschungs-, Entwicklungs- und Fertigungsausgaben der BRD; genau diese Sektoren der Rüstungsproduktion expandieren seit Jahren zuungunsten der „konventionellen" Bereiche. Bei der augenblicklichen Umrüstung der Bundeswehr auf modernste Waffensysteme spielen sie eine Schlüsselrolle.

Ein erstes Kennzeichen der gegenwärtigen Rüstungspolitik ist also, daß sie sich zum Sachwalter gerade jener Rüstungskonzerne macht, die den Ansprüchen der Militärs nach modernsten Waffensystemen am besten genügen können.

Das grundlegende Kennzeichen der Rüstungspolitik der SPD/FDP-Regierung ist jedoch, daß sie die Konzentration und Zentralisation des westdeutschen Rüstungskapitals auch im internationalen Rahmen aktiv vorantreibt, eine hohe und kontinuierliche Profitrate garantiert und auf eine wirksamere gegenseitige Durchdringung militärpolitischer Zielsetzungen und spezifischer Profitinteressen des Rüstungskapitals orientiert.

Der kapitalistische Markt-, Preis- und Profitmechanismus ist nirgends so gründlich durchbrochen wie in der Rüstung [90]). Der Rüstungsmarkt besteht praktisch nur noch aus einem Käufer (Staat) und einem Verkäufer (Rüstungsmonopol) von Rüstungsgütern. Der kapitalistische Staat als alleiniger Auftraggeber mobilisiert beträchtliche Teile des Kapitals, das er — in der Regel kraft gesetzlichen Zwangs — bei sich zentralisiert hat, und wendet es an, wobei zwei Grundsätze gelten: die Verwertung, der Profit des von ihm über Rüstungsaufträge angewandten Kapitals darf sich nicht bei ihm, sondern muß sich bei dem Rüstungskapital realisieren [91]); zugleich müssen am Ende des Prozesses Rüstungsgüter vorhanden sein, deren stoffliche Charakteristika den vorgegebenen militärpolitischen, -strategischen und -technischen Anforderungen genügen. Um solche allgemeinen militärpolitischen Zielsetzungen durchsetzen zu können, fördert der Staat aktiv die Monopolisierung des Rüstungskapitals. Zwar liegen keine Angaben über die Verteilung der Rüstungsausgaben nach Unternehmensgrößenklassen vor, doch kann unbedenklich angenommen werden, daß rund 3/4 der Rüstungsausgaben Großunternehmen zugute kommen; es „profitiert von den reinen Rüstungsaufträgen vornehmlich die

87) H. Schmidt, Aktuelle Fragen der Verteidigungspolitik, in: Bulletin v. 19. 8. 1970, S. 1166.
88) „Süddeutsche Zeitung" v. 31. 7. 1971. Einige Monate später erklärte Mommsen, daß „die Fragen der Arbeitsplatz-Erhaltung in Gegenden mit weniger günstiger Wirtschaftsstruktur jetzt in die BMVg-Überlegungen mit einbezogen" würden, vgl. W 341/1971, S. 4.
89) Knapp vier Wochen vor der entsprechenden Erklärung Schmidts „lancierte die Siemens AG der BMVg-Leitung ein Interessenten-Papier auf den Tisch, das die verstärkte Förderung der wehrtechnischen Forschung und Entwicklung auf dem Elektronik-Sektor forderte" (W 278/1970, S. 2).
90) Zur Stellung der Rüstung im kapitalistischen Reproduktionsprozeß insgesamt s. u.
91) Vgl. die Erklärung eines BMVg-Vertreters auf der Sitzung des Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreises v. 4. 2. 1972: „Unsere Partner aus der Wirtschaft sollen und müssen bei Übernahme von Aufträgen ihre Kapazitäten sinnvoll nutzen und Gewinne erzielen" (W 359/1972, Beilage, S. I).

Großindustrie" [92]). Mommsen erklärte, daß „bei der Entwicklung und Herstellung von komplexen Waffensystemen zwangsläufig Großunternehmer eingeschaltet werden müssen" [93]). Solche Großaufträge machten zwischen 1966/1969 im Jahresdurchschnitt 1,3 % der gesamten Aufträge, aber 81,7 % des Gesamtwertes dieser Aufträge aus; 1969 repräsentierten 99 % der 18 000 Aufträge des BWB nur 28 % des Gesamtwerts dieser Aufträge; dagegen machten die 0,6 % Großaufträge von 10 Mio. DM und mehr rund 60 % des gesamten Auftragswerts aus [94]). Ähnliches gilt für die militärische Forschung und Entwicklung, wo rund 75 % der Mittel (ca. 1,5 Mrd. DM) von Großprojekten wie dem MRCA-Bomber abgedeckt werden [95]). Die rund 25 großen Beschaffungs- und die Forschungsprogramme, die bis 1974 durchgeführt oder in Angriff genommen werden, haben alle Großunternehmen als Hauptauftragnehmer. Angesichts einer solchen Vergabepraxis liegt es nahe, daß der ohnehin bereits nahezu völlig aufgehobene Angebotswettbewerb zwischen den Rüstungsunternehmen um die staatlichen Aufträge weiter eingeschränkt wird. Schon heute werden gerade noch „etwa 21 % aller Aufträge öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben" [96]), bereits 1966 wurden wertmäßig 87,6 % aller Rüstungsaufträge des BWB „freihändig", also völlig ohne Konkurrenz vergeben [97]). „Es gibt Abhängigkeiten", mußte sogar Mommsen zugestehen, „wo wir keine Variante haben und eine Firma nehmen müssen" [98]). In dieser Konzentration der Aufträge auf Großunternehmen und in der nahezu völligen Aufhebung des Angebotswettbewerbs spiegeln sich die besonderen Markt- und Konkurrenzverhältnisse im Rüstungssektor wider. Indem der Staat in den gesamten Prozeß der Reproduktion im Rüstungssektor eingreift und dem Rüstungskapital weitgehende Verfügungschancen über fremdes, staatlich vermitteltes Kapital ermöglicht und garantiert, werden für einen Teil des Kapitals privilegierte Verwertungsbedingungen geschaffen.

1) Zunächst wird dem Rüstungskapital nicht nur der Aufwand für die Herstellung von Rüstungsgütern mit entsprechenden Gewinnzuschlägen vollständig ersetzt; zunehmend wird ihm dieser Kapitalaufwand zu großen Teilen vorgeschossen. Eine wichtige Rolle spielen dabei staatliche Investitionszuschüsse, die nicht zurückzuzahlen sind, sowie zinslose oder zinsgünstige Darlehen. Die Rückzahlung der Darlehen ist zumeist an die Bedingung geknüpft, daß das entwickelte Gerät in einer bestimmten Stückzahl produziert wird; die Unternehmen versuchen daher, nicht in diese „Rentabilitätszone" zu kommen, da sie ansonsten zur Rückzahlung verpflichtet sind [99]). Weiterhin können die Anzahlungen für zu produzierende Waffen, die vom Bund zinslos zur Verfügung gestellt werden, von den Unternehmen zinsbringend kurzfristig angelegt werden [100]).

2) Produktives Kapital (Gelände, Anlagen, Geräte etc.) wird Rüstungsunternehmen vom Staat nach einem solchen Modus zur Verfügung gestellt, daß ihm kein Gewinn entsteht; es gehören zum Beispiel „80 % der Gebäude und Anlagen des Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Konzerns bei München der staatlichen Industrie-Verwaltungsgesellschaft mbH (IVG). Die IVG finanziert außerdem 50 % der Investitionen des ... Konzerns und überläßt diese Anlagen dem Konzern zur

92) „Handelsblatt" v. 26. 10. 1970.
93) W 286/1970, S. 3.
94) Vgl. „Wehrtechnik", 1/1971 S. 9; W 274/1970, Beilage, S. 2; „Handelsblatt" v. 22. 12. 1970.
95) Vgl. „Wehrtechnik", 4/1971, S. 129.
96) E. W. Mommsen, „Wehrtechnik", S. 483. Dabei ist diese Angabe noch zu hoch; nach dem Bode-Gutachten „frisiert" das BWB die Statistiken und zählt einzelne „freihändige" Vergaben fälschlich als im Wettbewerb zustandegekommen, vgl. W 299/1971, S. 2.
97) Vgl. W. 168/1968, S. 2.
98) „Der Spiegel", 40/1970, S. 68.
99) Vgl. Sendung ZDF v. 17. 6. 1971.
100) Vgl. F. Schmid, Der Militär-Industrie-Komplex, Frankfurt 1972, S. 76, wonach die Renk AG im Geschäftsjahr 1969/70 einen Extraprofit von 2,63 Mio. DM aus der Verzinsung der vorgeschossenen Steuergelder erhielt.

Nutzung" [101]). Am wichtigsten sind hier die schon weitgehend „privatisierten" öffentlichen Forschungseinrichtungen [102]).

3) Die staatliche Auftragsvergabe ermöglicht den Rüstungskonzernen eine langfristige und relativ konjunkturunabhängige Produktions- und Profitplanung; die staatliche Kostenerstattungs- bzw. Abnahmegarantie wirkt in dieselbe Richtung und erspart den Rüstungsunternehmen den gesamten Apparat der Markterschließung und -sicherung (Werbung etc.) [102a]).

4) Die privilegierten Verwertungsbedingungen des Rüstungskapitals kommen schließlich in der Preisbildung konzentriert zum Ausdruck. Die weitgehende Ausschaltung herkömmlicher Mechanismen der Preisbildung zeigt sich zunächst darin, daß seit 1966 auf die zu Marktpreisen abgeschlossenen Verträge nur knapp zwei Fünftel des wertmäßigen Gesamtauftragsvolumens entfielen. Zumeist werden bei der Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern Selbstkostenerstattungspreise (SKP) mit einem prozentualen Gewinnaufschlag von 2,5—5 % der Selbstkosten und seit längerem auch zunehmend Selbstkostenfestpreise (SKFP) vereinbart. Beim SKP, der bis heute noch vor allem bei Entwicklungsaufträgen üblich ist, besteht ein außerordentlich großer „Anreiz zum Kostenmachen" [103]), da die absolute Größe des Gewinnzuschlags von der Höhe der Selbstkosten abhängig ist [104]). In der Regel schnellen daher die vorweg kalkulierten und nicht verbindlich festgelegten Selbstkosten im Verlauf der Entwicklungsarbeiten rapide in die Höhe. Meist wird auch das ursprüngliche Kostenangebot zu hoch liegen, da das BWB „nicht in der Lage (ist), wie dies etwa in den USA oder in England geschieht, eine parallele Angebotsrechnung selbständig auszuarbeiten und dem Firmenangebot gegenüberzustellen", was „eine bessere kritische Einstellung dem Firmenangebot gegenüber ermöglichen (würde)" [105]). Hinzu kommt, daß die Selbstkosten samt Gewinnzuschlag unabhängig vom Erfolg einer Forschungs- und Entwicklungsarbeit erstattet werden und bislang auch die sogenannte „freie", also nicht auftragsbezogene Forschung der Rüstungsunternehmen bezahlt wurde [106]). Abgesehen von „einigen wenigen Fällen", stellt daher das Bode-Gutachten völlig richtig fest, wird die Rüstungsindustrie „von jedem finanziellen Risiko" freigestellt und „das unternehmerische Risiko weitgehend reduziert" [107]). Der Sozialisierung der Kosten und Privatisierung der Gewinne wird zwar insofern entgegengewirkt, als die Rüstungskonzerne die Forschungskosten mit einem geringen Aufgeld dem Staat zurückzuerstatten haben, wenn sie das erbrachte Forschungsergebnis für private Zwecke verwenden. Während jedoch die Bundesregierung — wie z. B. im April 1970 der ehemalige Minister Leussink — in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, „daß nicht Kosten oder Verluste sozialisiert, Gewinne hingegen privatisiert werden können", hat sie gleichzeitig die auf fünf Jahre festgelegte Rückzahlungsfrist für die Entwicklungskosten für Großgerät auf mindestens 10 Jahre verlängert und damit den Zeitraum, in dem die Rüstungsmonopole

---

101) Autorenkollektiv, Der Imperialismus der BRD, Berlin 1971, S. 491.
102) Vgl. R. Rilling, Kriegsforschung, S. 47 ff., 153 ff.
102a) Auch finanziell wird der Absatz an Dritte durch Bürgschaften, Darlehen etc. des Staates abgesichert.
103) So WuW 9/1971, S. 422; ebenso WuW 7—8/1971, S. 379; vgl. auch WuW 6/1971, S. 285 ff.
104) „Diese Preisgestaltung muß notwendigerweise ihren Zweck, einen höchstmöglichen nutzbaren technischen Effekt mit kürzestem Zeitaufwand und niedrigsten Kosten zu erreichen, verfehlen. Sie begünstigt vielmehr eine Erhöhung der Kosten durch mangelnde Kontrolle und unzureichende Organisation des Entwicklungsverlaufs . . . da eine Kostenminderung den Gewinn verringert und eine Kostenerhöhung durch die gleichzeitige Erhöhung des absoluten Gewinns sich zum Vorteil des Auftragnehmers auswirkt" (WuW 6/1971, S. 285).
105) WuW 9/1971, S. 422.
106) Vgl. W 299/1971, Beilage, S. 1.
107) Ebenda. Sogar Mommsen mußte zugestehen: „Bei unseren ganzen Forschungs- und Entwicklungsprojekten hat die Industrie aufgrund des Kostenerstattungsprinzips überhaupt kein Risiko. Alles wird bezahlt" („Der Spiegel", 40/1970, S. 67); ebenso stellte der Geschäftsführer des Diehl-Rüstungskonzerns Zwissler fest, daß „das Risiko eines zeitgerechten Ergebnisses sowie des Kostenaufwandes im ganzen . . . bisher völlig einseitig beim Bundesverteidigungsministerium lag" („Wehrkunde" — im folgenden zit. Wk —, 5/1971, S. 233).

über das entsprechende Kapital verfügen können, verdoppelt [108]). Bei der Beschaffung von Rüstungsgütern ist die Situation im Prinzip dieselbe. Die Zugrundelegung der Selbstkosten ermöglicht dabei natürlich, verschiedene Profitbestandteile — Tantiemen, überhöhte Abschreibungen etc. — unter die Kosten zu subsumieren und die verschiedensten Manipulationen vorzunehmen [109]).

Werden so über den spezifischen Mechanismus der Preisbildung und verschiedenste Formen der Investitionsfinanzierung im Rüstungssektor privilegierte Verwertungsbedingungen etabliert, wird der Monopolisierungsprozeß in der Rüstungsindustrie noch auf andere Weise durch den Staat aktiv gefördert und organisiert. Eine Methode ist die Beschleunigung der Kapitalzentralisation durch finanzpolitischen Zwang. Ende 1970/Anfang 1971 forderte etwa das BMVg die drei Luftrüstungsfirmen MBB, VFW-Fokker und Dornier auf, bei der Hubschrauber- bzw. Drehflügel-Entwicklung künftig technisch integriert und nach einer einheitlichen Planung vorzugehen; das BMVg drohte, „ohne Integration und ohne ein Gemeinschafts-Programm bei den drei Firmen keine Hubschrauber- und Drehflügel-Entwicklungen mehr zu finanzieren" [110]), und „versprach" als Integrations-Preis 30 Mio. DM jährlich; prompt offerierten die Firmen Mitte 1971 eine weitergehende Abstimmung und Integration im Hubschrauberbereich. Auch die ab 1. Januar 1971 gültige Regelung, daß das BWB „mit Auftragnehmern nicht mehr stillschweigend vereinbaren (darf), daß die vor Vertrags-Abschluß entstandenen (Entwicklungs-)Kosten erstattet werden" [111]), begünstigt die kapitalstarken Rüstungsunternehmen. Auch mit ihrem Erlaß vom 16. September 1971, der Grundsätze zur Auftragsvergabe festlegt, hat die gegenwärtige Bundesregierung den Monopolisierungsprozeß in der Rüstungsindustrie weiter vorangetrieben. Die bisherige Praxis der Vergabe von Rüstungsaufträgen an „Generalunternehmer" wurde offiziell festgeschrieben und als tragender Grundsatz der Einkaufspolitik des BWB bestätigt. Der jeweilige Generalunternehmer führt den gesamten Auftrag selbständig durch und trägt dem BWB gegenüber die alleinige Verantwortung. Dabei ist laut BMVg „grundsätzlich anzustreben, daß Untersysteme und Komponenten vom Generalunternehmer selbst oder von Zulieferern entwickelt und gefertigt oder unter Verantwortung des Generalunternehmers beschafft werden" [112]). Die Praktizierung dieses Prinzips der Generalunternehmerschaft hat in der Regel dreierlei zur Folge: der Auftragnehmer versucht, die bedeutendsten Unteraufträge im eigenen Konzernbereich unterzubringen; sofern Unterauftragnehmer außerhalb des Konzernbereichs eingeschaltet werden — beim Leopard-Panzer-Projekt gab es 3000 Auftragnehmer —, besteht für den Generalunternehmer aufgrund seiner staatlich garantierten Monopolstellung die Möglichkeit, weite Bereiche der Wirtschaft in seine Abhängigkeit zu bringen. Schließlich ist die Vergabe von Aufträgen an Generalunternehmer zunehmend mit dem Versuch verknüpft, den gesamten lukrativen „Lebenslauf" eines Waffensystems von der Forschung und Entwicklung über die Fertigung bis zur Instandsetzung fest in die Hände eines hauptverantwortlichen Rüstungsmonopols zu legen. Der Gesamtzyklus eines Waffensystems wird damit in der Tendenz monopolisiert [113]). Unter diesen Voraussetzungen kann der völlige Konsens der westdeutschen Rüstungskonzerne mit dem staatlichen Vergabewesen nicht verwundern: nach dem Bode-

---

108) Vgl. „Wehrtechnik", 5/1970, S. 230, sowie die „Allgemeinen Bedingungen für Forschungsaufträge mit Industriefirmen", o. O., o. J., § 9.
109) So können die auftragnehmenden Rüstungskonzerne bei der Kalkulation des Selbstkostenpreises den Preis des teuersten Lieferanten einsetzen, später dann aber das Material bei einem billigeren Zulieferer beschaffen. vgl. „Die Zeit" v. 18. 12. 1970.
110) W 322/1971, S. 3; vgl. auch W 307/1971, S. 2.
111) W 280/1970, S. 1.
112) W 343/1971, S. 3.
113) Vgl. W 298/1971, Beilage, S. 2, u. W 274/1970, Beilage, S. 1.

Gutachten beurteilten 22 von 25 befragten Rüstungsunternehmen das staatliche Vergabewesen positiv.

Daß das BMVg über eine derartige Preispolitik, über Subventionen und Absatzgarantien, über eine spezifische Vergabepraxis und andere konzentrationsfördernde „strukturpolitische" Maßnahmen den Monopolisierungsprozeß in der Rüstungsindustrie auch und gerade unter dem Aspekt der monopolistischen Konkurrenz auf dem „NATO-weiten gemeinsamen Markt für Rüstungsaufträge" (Mommsen) vorantreibt, ist mehrfach unmißverständlich erklärt worden. Der staatlich geförderte und zunehmend organisierte Monopolisierungsprozeß in der Rüstungsindustrie hat zur Folge, daß die ökonomische wie politische Macht des Rüstungskapitals gestärkt wird. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hat sich jedoch gezeigt, daß die spezifische Form der sogar im Vergleich zu den USA extrem günstigen Verwertungsbedingungen des westdeutschen Rüstungskapitals zunehmend die Verwirklichung des oben erwähnten Grundsatzes gefährdeten, daß nämlich neben hohen Profiten in der Rüstungsindustrie zugleich auch Rüstungsgüter produziert werden, deren stoffliche Struktur den vorgegebenen militärtechnischen Anforderungen entspricht [114]). Daher ist die Bundesregierung bemüht, u. a. von den bisherigen Grundsätzen aus den „seligen Zeiten der Selbstkostenerstattungspreise" (VFW-Finanzchef Proksch) wegzukommen und die Preisgestaltung zu verändern. Es komme zunächst darauf an, „daß die sicherheitsorientierten Belange des Verteidigungs-Ressorts und die ertragsorientierten Interessen der Industrie ohne jede Sentimentalität ... definiert werden", um dann „das Risiko der mit hohem Kostenaufwand verbundenen Entwicklungen und Beschaffungen durch geeignete vertragliche Vereinbarungen so abzugrenzen, daß der öffentliche Auftraggeber mit Aussicht auf Erfolg kostensparend und wirtschaftlich einkaufen könne und die Unternehmen der Industrie mit einem überschaubaren Risiko und Aussicht auf einen angemessenen Gewinn bereit seien, mit der Bundeswehr zusammenzuarbeiten" [115]). Kurz: die Bundesregierung versucht, das Profitinteresse des Rüstungskapitals umfassender und differenzierter zugleich anzusprechen, um die entsprechenden militärpolitischen und -technischen Zielsetzungen besser verwirklichen zu können. Als ein zentraler Hebel dazu soll der Selbstkostenfestpreis fungieren, der noch mehr an die Stelle der Selbstkostenerstattungspreise treten soll. Da bei dem SKFP im Unterschied zum SKP zwar ebenfalls alle Aufwendungen ersetzt, diese aber im voraus verbindlich kalkuliert und festgelegt werden, versuchen die Rüstungskonzerne nun, hohe Profite nicht mehr durch Steigerung, sondern durch Senkung der Selbstkosten zu erreichen [116]). Wenn die voraus festgelegten Selbstkosten eingehalten oder unterschritten werden, können die Konzerne die in den Kosten versteckten Profitbestandteile realisieren

114) Obwohl sie seit Jahren für Forschungsvorhaben Milliardenbeträge kassierte, hatte die westdeutsche Luftfahrtindustrie bis 1968 gerade das Leichtflugzeug Do-27 und die Panzerabwehrwaffe Cobra selbst entwickelt und produziert, vgl. W 162/1968, Beilage, S. 2; WuW 8/1968, S. 381, und „Neue Zürcher Zeitung" v. 27. 6. 1968.

115) So das Bode-Gutachten in W 297/1970, S. 2, und der Rahmen-Erlaß zur Rüstungs-Neuordnung in W 302/1971, S. 4.

116) Vgl. W 274/1970, Beilage S. 2; daß auch das Festpreisprinzip zu keiner Preis- und Kostenkontrolle führt, betont Kleiner in WuW 9/1971, S. 422 f.; selbst Mommsen mußte zugeben, daß durch die Vergabe von Risikozuschlägen, die in den Festpreis eingehen, der Bund „eventuell eine zu hohe Gewinnmarge bewilligt" („Der Spiegel", 40/1970, S. 68). Das westdeutsche Rüstungskapital hat sich einer solchen Kontrolle besonders erfolgreich widersetzt, wie in dem Bode-Gutachten leise klagend festgestellt wird: „Oft neigen gerade die Unternehmen dazu, sich der Kontrolle der Verwendung staatlicher Gelder unter Berufung auf marktwirtschaftliche Prinzipien zu entziehen, die gegenüber abhängigen Geschäftspartnern jede Sentimentalität vermissen lassen" (W 299/1971, Beilage, S. 2). Die Bedingungen der Profitmacherei sind in der BRD in mehrfacher Beziehung besonders günstig: weder gibt es hier staatliche parallele Kostenangebotsrechnungen, noch gestatten die Rüstungskonzerne häufig eine Aufteilung eines Serienauftrages in sogenannte „Lose", die eine vergleichende Berechnung erlaubt. Auch die Nachkalkulation von Preisen, wie sie „in den USA und auch in Frankreich üblich" ist, wird von der Rüstungsindustrie in der BRD „mit Entschiedenheit abgelehnt" (WuW, 9/1971, S. 423). Dennoch stellten die unter solchen Voraussetzungen arbeitenden Preisüberwachungsstellen fest, daß etwa 1971 von den in Bayern überwachten Rüstungsausgaben in Höhe von 855 Mio. DM 71 Mio. DM (= 8,3 % des Gesamtauftragsvolumens) „überhöht" waren.

und zugleich gar nicht entstandene „Kosten" über den Festpreis vergütet bekommen. Zugleich sollen Risikozuschläge und Anreizgewinne vereinbart werden können oder Gewinnverzichte, wenn das Entwicklungsziel nicht erreicht wird. Der neue Mechanismus der Profitstimulierung soll die Rüstungskonzerne zur Rationalisierung, Kostensenkung und Verkürzung der Entwicklungszeiten zwingen oder zumindest anhalten; dafür werden ihnen höhere Profite ermöglicht [117]). Zugleich wird das Profitstreben in militärpolitisch erwünschte Bahnen gelenkt, so daß insgesamt eine engere Durchdringung und Verschmelzung der Verwertungsinteressen des Rüstungskapitals mit dem allgemeinen Interesse der herrschenden Klasse an der Realisierung ihrer militärpolitischen Zielvorstellungen stattfindet.

V. Rüstung und Ökonomie

In der BRD wurden in den letzten zwanzig Jahren rund 360 Mrd. DM in Rüstung und Kriegsvorbereitung investiert [118]). Die Bereitstellung der dazu benötigten Mittel geschieht durch die staatlich organisierte Umverteilung von Teilen des Einkommens der Bevölkerung zugunsten einer an militärischer Aufrüstung, Expansion nach außen und — wie die Gesetze zur „inneren Sicherheit" zeigen — verstärkter Repression nach innen orientierten Politik. Die Hauptlast dieser Aufwendungen wird in steigendem Maße der werktätigen Bevölkerung auferlegt, zum geringen Teil werden dafür aber auch Profitteile der Kapitalbesitzer herangezogen [119]).

Was nun die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Rüstungsproduktion anbelangt, hat das 1971 erschienene Weißbuch der Bundesregierung der demagogischen Feststellung, sie seien „minimal" [120]), nur hinzuzufügen, die „deutsche Wirtschaft" könne „auf Impulse, die von diesen (hochtechnisierten, d. V.) Rüstungsprojekten ausgehen, für ihre zivile Produktion nicht verzichten" [121]), um so eine positive Wirkung der Rüstungswirtschaft zu behaupten. Die tatsächliche Rolle und Funktion der Rüstung innerhalb des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses stellt sich freilich völlig anders dar, als hier behauptet wird.

a) Die Rüstungsproduktion ist zunächst allgemein als eine Vernichtung von Nationaleinkommen anzusehen. Die erzeugten Rüstungsgüter sind nicht zu den Produktionsmitteln zu zählen, da mit ihnen keine anderen Güter produziert werden können. Andererseits können sie auch nicht zum Zweck der Erhaltung der Arbeitskraft konsumiert werden [122]). Mit ihrem Verkauf an den Staat als Endabnehmer sind die Rüstungsgüter dem gesellschaftlichen Kreislauf des Kapitals entzogen, ihre stoffliche Vernichtung durch Krieg oder ihre Entwertung durch „moralischen Verschleiß" hinterläßt nur den Wert des Schrotts. Hinzu kommt, wie auch bürgerliche Autoren eingestehen, daß nicht nur die Rüstungsgüter selbst

117) Für die Verwertung des Rüstungskapitals ist die Beziehung zwischen „Gewinnzuschlag" und Selbstkosten jedoch relativ unwichtig. Entscheidend ist, daß die Rüstungsmonopole weitreichende Verfügung über staatlich vermitteltes Kapital besitzen und daher bei einem außerordentlich geringen Einsatz von Eigenkapital einen Profit erlangen, der auf der Verwertung des gesamten fungierenden Kapitals (also einschließlich des staatlich vermittelten Kapitals) basiert.

118) Vgl. „bonner korrespondenz", 50/1972, Bl. 2 f. Die ausgewiesene Summe umfaßt nur die von der Bundesregierung nach „NATO-Kriterien" veröffentlichten Ausgaben. Daß die tatsächlichen Ausgaben wesentlich höher liegen, ist im 1. Teil dieser Arbeit nachgewiesen worden (vgl. „Blätter", 6/1972).

119) So stieg zwischen 1960/1969 der Lohnsteueranteil am gesamten Steueraufkommen von 11,8 auf 18,9 %, während der Anteil der Körperschaftssteuer von 9,5 % auf 7,6 % abnahm, vgl. H.-J. Höhme, Der Staatshaushalt der BRD, DWI-Forschungsheft 1/1971.

120) Unter Zuhilfenahme verschiedener Berechnungsfehler kommt das Weißbuch 1971 zur Feststellung, der Anteil der Rüstungsproduktion an der industriellen Gesamtproduktion der BRD sei „mit rund einem Prozent minimal" (Weißbuch 1971, S. 149).

121) Weißbuch 1971, S. 150.

122) Vgl. A. Nikolajew, Die Militarisierung der kapitalistischen Wirtschaft, in: „Sowjetwissenschaft", 4/1961, S. 390.

als „Verlust" zu buchen sind. Ihre Herstellung bindet „Produktionsmittel, die für die Volkswirtschaft zur Herstellung von produktiven Gütern nutzbringender eingesetzt werden könnten" [123]). Zweckvolle Ausnutzung der Produktionsmittel heißt nämlich ihr Verbrauch „als Bildungselemente neuer Gebrauchswerte, neuer Produkte, die fähig sind, als Lebensmittel in die individuelle Konsumtion oder als Produktionsmittel in neuen Arbeitsprozeß einzugehen" [124]). Eben dies ist bei der Herstellung von Rüstungsgütern nicht gegeben.

Potenziert wird die Vernichtung gesellschaftlicher Produktivkraft noch durch die rund 800 000 Soldaten, zivile Bundeswehrangehörige, Beamte und westdeutsche NATO-Angehörige, die damit beschäftigt sind, Teile des Sozialprodukts nutzlos zu verzehren, anstatt es, wären sie in produktiven Bereichen der Wirtschaft tätig, zu vermehren. Die Milliardenwerte, die durch die Rüstungspolitik für unproduktive Zwecke vergeudet oder gar nicht erst erzeugt werden, führen daher zu einer Einschränkung der allgemeinen Akkumulations- und Konsumtionsfähigkeit innerhalb einer Volkswirtschaft und hemmen das Wachstum des Nationaleinkommens auf lange Sicht [125]).

b) Das Ziel der kapitalistischen Produktion ist nun aber keineswegs, wirtschaftliches Wachstum im Hinblick auf die Vermehrung der erzeugten Gebrauchswerte zu erreichen. Ihr Ziel ist die Erzeugung von Profit. Rüstungsproduktion und Militärwesen können daher nicht abstrakt, sondern müssen konkret im Zusammenhang mit den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen, hier also mit der kapitalistischen Produktionsweise untersucht werden. Das Interesse der Rüstungsproduzenten im Kapitalismus ist zunächst nicht auf die Befriedigung des politischen und militärischen Bedürfnisses nach Gütern gerichtet, die zum Zwecke der Destruktion eingesetzt werden können, sondern auf die Erzielung von Profit vermittels der Befriedigung dieser Bedürfnisse [126]). Die sich aus diesem grundlegenden Tatbestand notwendig ergebende Verklammerung ökonomischer Profitinteressen mit allgemeinen politischen und militärischen Interessen ist für die kapitalistische Rüstungsproduktion typisch. Er führt u. a. dazu, daß Rüstungsausgaben häufig „erfolgreich" als konjunkturpolitische Stimuli eingesetzt werden können. Beispiele sind etwa die faschistische Aufrüstung in den dreißiger Jahren, die Ablösung der Wirtschaftskrise in den USA durch die Rüstungskonjunktur im Zweiten Weltkrieg oder der Korea-Boom [127]). Auch in der BRD wurden ähnliche Überlegungen angestellt [128]). Ausgehend von solchen Ergebnissen der Steigerung der Rüstungsausgaben wird oft gefolgert, „Rüstung steigert die Güternachfrage, unterstützt die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus, beschleunigt den technischen Fortschritt und hilft somit dem Land, seinen Lebensstandard zu erhöhen" [129]).

Richtig an derlei Behauptungen ist, daß die Rüstungsproduktion für einen begrenzten Zeitraum tatsächlich produktionssteigernd wirken kann. Diese Wirkung

123) K. Nathusius, Militär und Wirtschaft, Einige Einflüsse der Unterhaltung von Streitkräften auf die Volkswirtschaft eines Landes, in: Wk, 9/1970, S. 477. Als einzigen (!) „positiven" Einfluß vermag Nathusius nur den vorgeblichen zivilen Nutzen der militärischen Forschung auszumachen.
124) K. Marx, Das Kapital, Bd. I, Berlin 1970, S. 198.
125) Vgl. Höhme, S. 22 f.; auch Nathusius bezeichnet die Erzeugung von Rüstungsgütern als „wachstumshemmend".
126) Das schließt notwendig ein das Interesse an militärischer Sicherung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.
127) Vgl. Th. Prager, Die unwirtschaftliche Rüstungswirtschaft, in: Probleme sozialistischer Politik I, Frankfurt/M. 1966, S. 57. So gelang es etwa in den USA, durch die Erhöhung der Rüstungsausgaben (ihr Anteil am Bruttosozialprodukt stieg von 1,3 % 1939 auf 41,6 % 1944) zwischen 1939/1944 die Arbeitslosenrate von 17,2 % auf 1,2 % zu senken.
128) So formulierte der Berichterstatter des Verteidigungsausschusses am 13. 6. 1967. es sei „schließlich in der gegenwärtigen Konjunkturlage darauf hinzuweisen, daß der Verteidigungshaushalt große binnenwirtschaftliche Bedeutung hat . . . und . . . notleidenden Industriezweigen zugute kommt."
129) So der Harvard-Ökonom S. Sichter, z. n. P. Baran/P. Sweezy, Monopolkapital, Frankfurt 1970, S. 206. Ähnlich auch L. Lewin (Verdammter Friede, Bern/München 1967), der die „wirtschaftliche Funktion des Krie-

entsteht aber nicht, wie meist angenommen, primär aus der erweiterten Nachfrage des Staates, da die Bereitstellung der finanziellen Mittel durch den Staat erst durch die Beschränkung der Massenkaufkraft und die erhöhte Besteuerung anderer Produktionsbereiche möglich ist, was sich seinerseits einschränkend auf die Entwicklung der Produktion auswirkt. Vielmehr ist die indirekte Wirkung dieser Nachfrage auf die Steigerung der Kapitalakkumulation von Bedeutung, da die vielfältigen politischen Garantien und Vorteile in diesem Bereich besonders hohe Profitchancen eröffnen. Dieser „positive" Effekt der Rüstungsproduktion auf die Entwicklung der industriellen Gesamtproduktion kehrt sich jedoch unter bestimmten Bedingungen in sein Gegenteil um, wenn nämlich „die jährliche Produktion von Produktionsmitteln die Menge der jährlich verbrauchten Produktionsmittel nicht mehr aufwiegt" [130]), da ein steigender Anteil der Produktionsmittel durch die Rüstungsproduktion unproduktiv verbraucht wird. In den USA ist dies in den Jahren 1944/45, ebenso wie im faschistischen Deutschland gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, der Fall gewesen [131]). Zu welchem Zeitpunkt auf der anderen Seite die zivile Produktion somit durch die erweiterte Produktion von Rüstungsgütern nicht nur relativ, sondern auch absolut eingeschränkt wird, „hängt von den vorhandenen Produktivkräften und deren Ausnutzungsgrad unter den jeweiligen konkreten ökonomischen Bedingungen ab" [132]). In der BRD ist das Ansteigen der Rüstungsproduktion gegenwärtig noch von einem, wenn auch durch diese verlangsamten, Wachstum der zivilen Güterproduktion begleitet [132a]).

c) Kennzeichnend für die bürgerlichen Interpreten der Rüstungskonjunktur ist jedoch vor allem, daß ihnen die Rolle der Rüstung im Zusammenhang mit der für den Monopolkapitalismus kennzeichnenden Tendenz zur dauernden, überkonjunkturellen Überproduktion und Überakkumulation von Kapital nicht ins Blickfeld kommt. Die kapitalistische Überproduktionskrise ist, vereinfacht gesagt, gekennzeichnet durch das Auseinanderklaffen von steigender Produktion und der dahinter zurückbleibenden Nachfrage. Die Folge sind Massenentlassungen und die Nichtauslastung von Produktionsanlagen, die Brachlegung und Vernichtung von Kapital. Eine ökonomisch ähnliche Wirkung haben die Rüstungsausgaben, die in der Lage sind, die „Produkte der Privatwirtschaft zu absorbieren, ohne damit die Grundlage für erweiterte Produktion zu schaffen" [133]), da die Rüstungsgüter ja mit ihrem Verkauf aus dem Reproduktionsprozeß ausscheiden. Das Besondere ist dabei nun nicht das bloße Hinausschieben der Überproduktionskrise durch diese spezifische Form der Kapitalvernichtung qua Rüstung, sondern die ungleich profitablere Möglichkeit, mithilfe des Staates für überschüssiges, anlagesuchendes Kapital die Schranken der Verwertung hinauszuschieben. Gefördert durch den raschen Verschleiß der in der Rüstungsindustrie erzeugten Güter gibt die ständige Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums zusätzlichen Raum für die

---

ges" als ein verläßliches „Mittel zur Stabilisierung und Regulierung der nationalen Wirtschaften" ausgibt und von daher, so Nathusius, „einen weltweiten Frieden unter anderem auf Grund dieser wirtschaftlichen Funktion des Krieges als nicht wünschenswert für die menschliche Gesellschaft" erklärt (Nathusius, S. 477).

130) E. Bregel, Zur kapitalistischen Reproduktion bei der Militarisierung der Wirtschaft, in: „Sowjetwissenschaft", 4/1956, S. 389.

131) Vgl. Bregel, S. 384 f., 387—389; trotz der Expansion der Rüstungsausgaben von 70,3 Mrd. Dollar (1943) auf 84,6 Mrd. Dollar (1945) ging der Generalindex der amerikanischen Industrieproduktion im gleichen Zeitraum von 239 auf 203 zurück. In der BRD ist eine vergleichbare Entwicklung nicht eingetreten.

132) G. Roginski, Militarisierung der Wirtschaft und kapitalistische Reproduktion, in: „Sowjetwissenschaft", 3/1957, S. 346. Die Indexziffern der Verbrauchsgütererzeugung in Deutschland (1939 = 100) gingen während des 2. Weltkrieges stetig zurück: bis 1944 insgesamt auf 85, bei Nahrungs- und Genußmitteln auf 82, bei Textilien etc. auf 79, vgl. Bregel, S. 384.

132a) Eine andere Variante der Konjunkturstimulierung durch Rüstungsaufträge ist deren Finanzierung durch Staatsverschuldung, was auch als Grund für die gegenwärtig steigende Verschuldung der öffentlichen Haushalte mit anzusehen ist; diese Verschuldung stieg von 1953 bis 1969 von 29 Mrd. DM auf 119,5 Mrd. DM. Neben der inflationären Wirkung dieser Praxis ergibt sich daraus noch eine stete Einkommensumverteilung zugunsten des Finanzkapitals, das die bei der Begleichung der Staatsschuld fälligen Zinsen einstreicht.

133) W. Rosenbaum, Staatsinterventionismus und Wirtschaftsplanung im modernen Kapitalismus, in: R. Kühnl (Hg.), Der bürgerliche Staat der Gegenwart, Reinbek 1972, S. 26.

Kapitalverwertung der Monopole. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Rüstung den Kapitalismus vor der Krise bewahrt: sie schafft im Gegenteil sogar die Bedingungen für neue Formen der Überakkumulation im Bereich der Rüstungsindustrie. Auch wenn sich das BMVg, wie im Weißbuch 1971 aufgeführt, von den Generalauftragnehmern versichern ließ, „daß sie nicht solche Kapazitäten aufbauen werden, die bei Zulieferanten vorhanden sind" [134]), hindert dies sicher keinen Rüstungskapitalisten daran, dort zu investieren, wo es gilt, die Konkurrenz an Produktionskapazität zu überbieten und einen hohen Anteil der hochprofitablen Rüstungsaufträge an sich zu ziehen — dies eben um so mehr, als die Erweiterung der Rüstungsproduktion sich weniger aufgrund der „mühsamen" inneren Akkumulation im einzelnen Rüstungsunternehmen vollzieht als vielmehr durch staatlich vermittelten Kapitalzustrom von außen, so daß insgesamt nur von einer relativen krisendämpfenden Funktion der Rüstungsausgaben gesprochen werden kann.

d) Im Vordergrund der Diskussion über den „Nutzen" der Rüstungsproduktion steht zunehmend die These vom hervorragenden zivilen Nutzen der Ergebnisse militärischer Forschung und Entwicklung. In unzähligen Varianten ist sie vom BDI ebenso wie von der SPD/FDP-Regierung oder der CDU/CSU propagiert worden und wird immer mehr zur entscheidenden ökonomischen Legitimation der Rüstungsausgaben, zumal die Rechtfertigung der Rüstungsausgaben mit der angeblichen äußeren Bedrohung durch die Staaten des Warschauer Paktes immer brüchiger wird. Aus der Tatsache, daß es teilweise gelingt, Produkte, technische Verfahren, Informationen, aber auch Organisationsformen und -methoden aus dem militärischen in den zivilen Bereich zu übertragen, wird von den Vertretern dieser These völlig unzulässig gefolgert, diese Methode der Förderung des technischen Fortschritts sei die einzig sinnvolle. Tatsächlich jedoch ist der zivile Nutzeffekt der militärischen Forschung außerordentlich gering [135]). Bedingt wird dies weniger durch die spezifischen Anforderungen, die aus dem Gegenstand der militärischen Forschungen resultieren, als durch die spezifisch kapitalistische Formbestimmung der militärischen Forschung. Zum einen hemmen die „Sicherheits"- und Geheimhaltungsvorschriften die Umsetzung der Ergebnisse in die zivile Produktion und fördern Doppel- und Mehrfacharbeit. Zum anderen wirkt die fortschreitende Unterwerfung von Wissenschaft und Technik unter das Profitprinzip, die neben der Rüstungsfertigung zunehmend auch die Rüstungsforschung zur Quelle von Monopolprofit werden läßt. Unter den Bedingungen staatlicher Profitgarantie tritt das Interesse des Rüstungskapitals an ziviler Verwertung der erbrachten Resultate zurück [136]), so daß eine Umsetzung der Forschungsergebnisse nicht erfolgt, obwohl sie möglich wäre. Die eigentliche Ursache für den geringen „spin-off" in die zivile Industrie scheint jedoch darin zu liegen, daß die allgemeinen politischen und militärischen Forderungen an das wissenschaftlich-technische Niveau der Rüstungsgüter derart weitgehend sind, daß diesen Anforderungen im Rahmen privatwirtschaftlich organisierter Forschung nicht genügt werden kann; die in Form der Großforschung organisierte Militär-, Atom- und Raumfahrtforschung hat daher in den kapitalistischen Staaten zu einer zunehmenden Auflösung privatkapitalistisch organisierter Forschung geführt, so daß die Ver-

134) Weißbuch 1971, S. 150.
135) Vgl. zur Kritik der spin-off-Ideologie und zu entsprechenden Untersuchungen ausführlich Rilling, Kriegsforschung, S. 190 ff.
136) Vgl. Rilling, S. 204 ff.
137) Die These, daß die Möglichkeit des spin-offs im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zu klären ist, könnte erklären, warum in der UdSSR gegenwärtig 42 % der von der Verteidigungsindustrie erzeugten Produkte für zivile Zwecke bestimmt sind, vgl. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Referent: L. I. Breshnew), in: XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Moskau 1971, S. 86.

mutung naheliegt, daß ein Transfer („spin-off") tendenziell auf den öffentlichen Sektor beschränkt ist [137]).

Wenn in den meisten kapitalistischen Staaten die Rüstung seit geraumer Zeit einen mehr oder minder großen Anteil am Nationaleinkommen beansprucht, die Rüstungsproduktion und -forschung zu einer wichtigen Kapitalanlagesphäre und bedeutsamen Quelle von Monopolprofiten geworden ist und die Rüstungsausgaben wiederholt in Krisensituationen als Instrument staatsmonopolistischer Regulierung eingesetzt wurden, läßt sich daraus weder ableiten, daß die gegenwärtige Militarisierung der kapitalistischen Wirtschaften primär aus aktuellen Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals herrührt, noch daß das Streben nach Rüstungsprofit den Hauptgrund für die Erhaltung von riesigen Militärapparaten darstellt.

D. Senghaas etwa erklärt zur US-Rüstungspolitik: „Die Rüstung selbst wird zur größten Kapitalanlagesphäre. Man könnte auch sagen, daß gelegentliche imperialistische Aktionen der Legitimation zur Aufrechterhaltung und Ausdehnung des Rüstungssektors dienen" [138]). Hier wird das Streben nach Rüstungsprofit zur Haupttriebkraft von Militarisierungsprozessen. Dagegen ist daran festzuhalten, daß dieser Rüstungsprofit erst durch die staatliche Etablierung besonderer Konkurrenz- und Profitbedingungen für Teile des Kapitals zustande kommt; für diese Unternehmen besteht ein „unmittelbar ökonomisches Interesse an der Beibehaltung und Ausdehnung der Rüstung, während dieses Interesse für andere Monopole wesentlich geringer ist, bzw. völlig entfällt" [139]). Eine solche relative Einschränkung der Profitchancen von Teilen des Kapitals verlangt jedoch, daß diese Maßnahmen im gemeinsamen Interesse der Herrschenden in ihrer Gesamtheit liegen. Daher müssen auch die allgemeinen politischen Bestimmungsfaktoren von Militarisierungsprozessen analysiert werden. Auch die Tatsache des konjunkturpolitischen Einsatzes der Rüstungsausgaben erlaubt nicht den Schluß, „Wachstum und Stabilität der spätkapitalistischen Wirtschaft" seien „unauflösbar mit den staatlichen Ausgaben für Rüstung verknüpft" [140]). Gerade die in einer Phase der weitgehenden Vollbeschäftigung und Kapazitätsauslastung einsetzende Remilitarisierung der BRD belegt in besonderer Weise, „daß die Rüstung nicht in erster Linie auf die inneren ökonomischen Widersprüche im allgemeinen oder gar auf die Verschärfung des Marktproblems zurückzuführen ist" [141]). Die gegenwärtige Aufrüstung in Japan etwa hat ebensowenig mit einer Marktkrise gemein, wie zwanzig Jahre Wachstum der japanischen Industrieproduktion nach dem Zweiten Weltkrieg „unauflösbar mit den staatlichen Ausgaben für Rüstung verknüpft" waren. Bei der Analyse des Militarismus und der Rüstung ist vielmehr — im Gegensatz zu den zwei aufgeführten Untersuchungen — von der spezifischen Qualität des vorherrschenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnisses auszugehen, im Falle der BRD also von der untrennbaren Verbindung des modernen

138) D. Senghaas, Rüstung und Militarismus, Frankfurt 1972, S. 356. Derlei Ökonomismus ist die Kehrseite der Senghaas'schen Autismus-Theorie. Eine so unvermittelte Koppelung von Außenpolitik und Rüstungsökonomie liegt vor, wo der Rüstungswettlauf als Vehikel der ökonomischen Konkurrenz eingesetzt wird, vgl. Wehrtechnik 6/1970, S. 263: „Die Erschöpfung der finanziellen Kraft und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ... sind Ziele ... der ‚Wirtschafts- oder logistischen Strategie': Durch unablässige Rüstungsfortschritte zielt sie auf die wirtschaftliche Grundlage und damit letztlich auf die Existenz der gegnerischen Gesellschaft. Dabei werden durch Engagement und Disengagement wirtschaftlicher und finanzieller Mittel strategische Schläge ausgeteilt." Diese NATO-Strategie kalkulierte, daß absolut gleich hohe Rüstungsausgaben wie in den USA die UdSSR bei geringerem Bruttosozialprodukt erheblich stärker belasten würden und so die Zuwachsraten der Volkswirtschaften der sozialistischen Staaten verlangsamt werden könnten. Aufgrund der rationelleren Rüstungsproduktion und -organisation und den Selbstbeschränkungen im Rüstungswettlauf der UdSSR ist diese Strategie gescheitert.

139) R. Gündel u. a., Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1967, S. 120.

140) Bundeswehr — Waffe des Kapitals, Probleme des Klassenkampfes, Sonderheft 4, Erlangen 1972, S. 50. Selbst M. Kidron, einer der Hauptverfechter dieser These, muß eingestehen, „daß die größeren Schritte in der Rüstungsentwicklung nicht unbedingt mit ökonomischen Rezessionen zusammengefallen sind" (M. Kidron, Rüstung und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt 1971, S. 70).

141) R. Gündel, S. 106.

Militarismus mit der Existenz von Monopolen, die die „tiefste ökonomische Grundlage" [142]) der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung darstellen. Im Gegensatz zur bürgerlichen Ökonomie wird das Monopol dabei nicht als eine Markt- oder Organisationsform unter vielen gefaßt, sondern als ein besonderes, eine Entwicklungsetappe des Kapitalismus kennzeichnendes Produktionsverhältnis, zu dem sich das Kapital weiter entwickelt, um den erreichten Grad der Entwicklung der Produktivkräfte und der Vergesellschaftung der Produktion auf kapitalistischer Grundlage zu bewältigen. Sein Ziel ist die Überwindung der freien Konkurrenz, die ihm die Bedingungen der Verwertung seines Kapitals diktierte; sein Ziel ist, die allgemeinen und besonderen Bedingungen seiner Verwertung letztlich autonom zu bestimmen. Das bedeutet, daß das Monopol, das wie jedes andere Kapital ja als ein gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis aufzufassen ist, versucht, den Bereich seiner Herrschaft auszudehnen „auf die Verfügung über fremdes Kapital, fremden Profit, fremdes Einkommen, letztlich also fremde Arbeit" [143]).

In diesem — ökonomisch vermittelten — Zwang zur Ausdehnung des Bereichs monopolistischer Herrschaftsausübung, dem die Monopole durch den Einsatz ökonomischer, politischer wie militärischer Mittel gerecht zu werden versuchen, liegt letzten Endes die neue Qualität gesellschaftlicher Aggressivität begründet, die sich zum einen in der wachsenden Tendenz äußert, „den Monopolismus in der Wirtschaft durch den Monopolismus in der Politik zu ergänzen" [144]), und die zum anderen sich in dem mit den verschiedensten Mitteln ausgetragenen Macht- und Konkurrenzkampf einzelner Monopolgruppen und Staaten und ihre jeweiligen Einflußsphären niederschlägt. Insofern ist also die besondere Qualität des Militarismus in diesem Entwicklungsstadium des Kapitalismus auf die besondere Qualität des Kapitalverhältnisses zurückzuführen, nicht aber auf aktuelle ökonomische Widersprüche oder Verwertungsschwierigkeiten [145]).

Eine solche Einordnung des Militarismus und der Rüstung in einen Komplex politischer und sozialökonomischer Bedingungsfaktoren klassifiziert den Militarismus als eine spezifische politische Form gesellschaftlicher Aggressivität, die der Kapitalismus unter bestimmten historischen Bedingungen — also nur in der Tendenz — hervorbringt. Erfolge bei der Zurückdrängung des Militarismus und dem damit verbundenen schrittweisen Abbau der Rüstung sind daher möglich, ohne daß die grundlegenden ökonomischen und gesellschaftlichen Gesetze der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung außer Kraft gesetzt werden müssen; zugleich aber wird sich eine solche Politik ebenso gegen diese grundlegenden Gesetze und Maximen — etwa das profitable Rüstungsgeschäft [146]) — wenden müssen.

---

142) W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Ausgewählte Werke, Bd. I, Berlin 1966, S. 848. Zum folgenden ausführlich: R. Rilling, Zur Analyse des „militärisch-industriellen Komplexes" der BRD, in: „Internationale Dialog Zeitschrift" 4/1971, S. 362 ff.

143) P. Hess, Monopoltheorie und Kapitalismuskritik, in: „wirtschaftswissenschaft", 7/1971, S. 965.

144) H. Hemberger, K.-H. Schwank, Uber die Wechselbeziehungen zwischen staatsmonopolistischem Kapitalismus und Militarismus in Deutschland, in: Jahrbuch für Geschichte, 1/1967, S. 110.

145) Ausführlich setzt sich mit dieser These auseinander H.-J. Braun, Die Militarisierung der Volkswirtschaft in den imperialistischen Ländern und das Problem der totalen Abrüstung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der TU Dresden, 1/1962, S. 193—208.

146) Ob eine Regierung daher Friedenspolitik betreibt, läßt sich am ehesten daran ablesen, ob sie konkrete **Vorstellungen und Pläne darüber entwickelt** hat, wie gegen das Rüstungskapital politisch vorgegangen werden kann, da die Umstellung von Rüstungs- auf Zivilproduktion technisch kein Problem ist. Weder die Bundesregierung noch die Bundestagsparteien haben bislang auch nur die geringste Aktivität in diese Richtung entwickelt. Hier aber liegt eine entscheidende Konsequenz der durch die Verträge geschaffenen neuen politischen Realitäten.